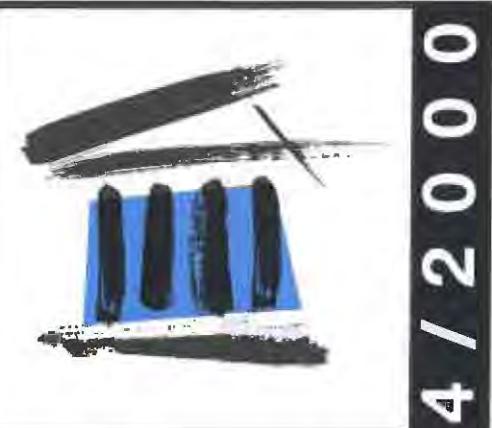


AKADEMIE - REPORT

AKADEMIE FÜR POLITISCHE BILDUNG TUTZING

Buchensee 1 • 82323 Tutzing • Telefon 08158/256-0 • Fax 08158/256-14+51
Internet: <http://www.apb-tutzing.de> • E-mail: B.Bachmann@apb-tutzing.de

4 / 2000



Akademiegespräch im Landtag:

Jenseits der Green Card

Marieluise Beck will die Migrationspolitik offensiv gestalten



Karikatur: Tomaschoff

Die öffentliche Auseinandersetzung zwischen den Parteien darüber, ob die Einwanderungspolitik nun ein Wahlkampfthema werden dürfe oder nicht, hatte noch gar nicht begonnen, als die Akademie zu ihrem traditionellen Landtagsgespräch die Ausländerbeauftragte der Bundesregierung, Marieluise Beck, eingeladen hatte. So bekam ihr Vortrag „Jenseits der Greencard - Ausländerintegration in Deutschland“ unversehens einen aktuellen Akzent. Den Begriff „Leitkultur“ lässt sie nicht gelten: Für sie ist entscheidend, „dass man sich in einer republikanischen Gesellschaft auf die Grundwerte der Verfassung verständigt - alles andere ist Privatsache“.



Die Ausländerbeauftragte der Bundesregierung Marieluise Beck: „Zuwanderung ist eine Bereicherung unserer Gesellschaft!“
Foto: ms

Seite 3

Passauer Tetralog:

Zukunft braucht Erinnerung

Prominente Gäste aus Ost und West, darunter Israels Ex-Botschafter Avi Primor und Joachim Gauck, erörterten bei einem Akademiepodium innerhalb der Europäischen Wochen in Passau Notwendigkeit und Schwierigkeiten des Erinnerns. Das Vergessen sei der Boden, auf dem die Schlussstriche auf Kosten der Opfer historischer Fehler gezogen werden (Oberreuter).



Avi Primor und Joachim Gauck (rechts) beim Passauer Tetralog
Foto: jd

Seite 7

Einig Medienland?

Wie sich die ostdeutsche Medienlandschaft in den letzten zehn Jahren der Einheit entwickelt hat und welche Entwicklungen und Modelle der Wendejahre im Journalismus überlebt hatten, wollten Wissenschaftler und Journalisten auf einer Akademietagung ergründen. Die Fragen nach den Märkten, den Inhalten und den Nutzungsgewohnheiten des Publikums in Ost und West standen dabei im Vordergrund. Fazit: Von einem „einig Medienland“ kann (noch) keine Rede sein.

Seite 13

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Akademiegespräch im Landtag: Zuwanderung zukunftsorientiert gestalten	3
Deutschland und die Türkei: Zerrbilder Im Spiegel der Medien?	4
3. Passauer Tetralog: Abschled von der selektiven Erinnerung	7
„Schlussstrich“ belohnt die Feinde der Demokratie	9
Politik in den Ferien	12
Besuch aus Moskau	12
Akademie vertieft internationale Kontakte	12
Deutschland - einig Medienland?	13
Online-kids in chatrooms	16
Dozenten besichtigen Thomas-Mann-Haus	18
Selbsthilfe - Empowerment - Partizipation	18
Akademie total vernetzt	18
Außen- und Sicherheitspolitik: Neue Aufgaben - neue Strukturen	19
Vernunftgeleitet, nachdenklich, prinzipientreu... Manfred Hättich zum 75. Geburtstag	21
Inspirator mit überraschenden Ideen Otto B. Roegele zum 80. Geburtstag	22
„Die Regengötter lieben das Sommerfest“	22
Zeitungsecho - Medienstimmen - Pressesplitter	23
Themen - Tagungen - Termine	26
Förderkreis	30
Politische - Evangelische 5:3	31
Namen und Nachrichten / Anmeldeformular	32

Direktor der Akademie:
Prof. Dr. Heinrich Oberreuter
Vorsitzender des Kuratoriums:
Prof. Dr. Hans Maier
Vorsitzender des Beirats:
Siegfried Kett

Kollegium:
Dr. Horst Denzer, Dozent
Grundsatzfragen von Staat und Politik,
Internat. Politik
Gebhard Diemer, M.A., Dozent
Internat. Politik, Pol. Ideengeschichte
Klaus Grosch
Internat. Politik, Landeskunde, Sozial-
politik und -arbeit, Erwachsenenbildung

Dr. Peter Hampe, Dozent
Wirtschafts- und Sozialpolitik, Politische Bildung
Jürgen Maruhn, Dipl. Volkswirt
Wirtschaftsordnung, Extremismus,
Sicherheitspolitik

Dr. Michael Plazolo, Dozent
Europapolitik, Staats- und Verfassungsrecht,
Rechtspolitik

Dr. Michael Schröder, Dozent
Medien, Kommunikationspolitik,
Öffentlichkeitsarbeit

Manfred Schwarzmeler
Pers. Referent des Direktors
Parlamentarismus- und Parteiforschung

Dr. Jürgen Weber, Dozent
Politikwissenschaft, Zeitgeschichte

Karl-Heinz Willenborg
Gesellschaft und Umwelt,
Sozialpolitik und -arbeit

Organisationsreferat:
Elke Leischling
Dipl.-Betriebswirtin (VWA)

Akademie-Report Herausgeber:

Akademie für Politische Bildung
Buchensee 1 82323 Tutzing
Tel. 08158/256-0 Fax 08158/256-14
Internet: <http://www.apb-tutzing.de>
E-Mail: B.Bachmann@apb-tutzing.de

Redaktion:

Prof. Dr. Dr.hc. Heinrich Oberreuter
(verantw.)

Dr. Michael Schröder
(Redaktion und Gestaltung)

Mitarbeit / Layout: Karin Sittkus

Druck:

Offsetdruck Schwarz GmbH
Rohrauerstraße 70 81477 München

Logo: KR-Team Karin Rappenglück, Pöcking
Der Akademie-Report wird kostenlos abgegeben

Zuwanderung zukunftsorientiert gestalten

Die Ausländerbeauftragte Marieluise Beck plädiert für eine offensive Migrationspolitik

Angesichts einer neuen Welle neonazistischer und rechtsextremer Überfälle auf Ausländer sprach sich die Ausländerbeauftragte der Bundesregierung, Marieluise Beck, dafür aus, das Thema „Ausländerpolitik“ aus dem nächsten Bundestagswahlkampf heraus zu halten. Beim Akademiegespräch im Landtag plädierte sie für eine moderne und gestaltende Integrationspolitik gegenüber Zuwanderern. Sie sagte, die These, Deutschland ist kein Einwanderungsland, sei schon immer falsch gewesen und werde durch Wiederholung nicht richtiger. Diese Behauptung trage den Realitäten nicht Rechnung. Die Zuwanderung sei als Tabu behandelt worden und in der Vergangenheit nur als Belastung und Problem, nicht aber als Chance und Bereicherung gesehen worden.

Integration sei ein Anspruch und müsse als Anstrengung ohne Alternative verstanden werden, betonte Beck. Dazu gehörten die erleichterte Einbürgerung, die rechtliche Gleichstellung und die soziale Integration der Migranten. Das politische Denken und Handeln in der Bundesrepublik dürfe in Zukunft Zuwanderung nicht mehr nur unter arbeitsmarkt- und sicherheitspolitischen Gesichtspunkten sehen.

Die Ausländerbeauftragte wandte sich gegen das Vorurteil, Zuwanderung sei ungesteuert. „Die Seemanns-Metaphorik vom ‚Bändigen des Zustroms‘ ist falsch!“ Allerdings seien die vorhandenen Regelungen unübersichtlich. Es fehle an Systematik und Transparenz. Im übrigen sei die nationale Zuständigkeit eines möglichen Einwanderungsgesetzes wegen der Kompetenzen der Europäischen Union und der notwendigen Einhaltung internationaler Vereinbarungen begrenzt. Und Unwägbarkeiten wie die Familienzusammenführung und ihre Folgen müssten akzeptiert werden. „Die populistische Unterscheidung in ‚Zuwanderer, die uns nützen‘ und solche, die uns ausnützen‘, ist gefährlich und realitätsfremd.“ Bezogen auf die demographische Krise der Bundesrepublik und die Folgen für die Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme meinte die Grünen-Politikerin: „Wer Zuwanderung nicht akzeptiert, muss bis 70 arbeiten!“



Marieluise Beck: „Integration ist keine Einbahnstraße“ Foto: ms

Integration heißt nicht Assimilation

Keine Lösung sieht Beck in einer Quotierung: „Sie geht von einem statischen Bild der Gesellschaft aus. Wir können die verschiedenen Umstände nicht in Zahlen fassen. Es muss soviel Zuwanderung möglich sein, wie sozial integriert werden kann.“ Wie viele Menschen aufgenommen werden können, hänge von der mentalen Verfassung unserer Gesellschaft ab: „Wie pluralistisch und republikanisch ist unsere Demokratie?“ Diese Frage stelle sich an unsere Gesellschaft.

Integration heiße nicht Unsichtbarmachen der Zuwanderer. „Integration darf sich nicht am Norm-Deutschen orientieren, den es sowieso nicht gibt!“ Eine solche Vorstellung gehe vom fiktiven Bild einer ethnisch homogenen Nation aus. „Die Differenz muss akzeptiert werden“, sagte Beck. Es gehe nicht um Assimilation; Integration sei keine Einbahnstrasse: „Eine wirkliche Einwanderungsgesellschaft muss sich selbst zur Disposition stellen und darf sich der Veränderung nicht entziehen.“ Klar müsse aber auch sein: „Demokratie und die Werte des Grundgesetzes stehen nicht zur Disposition!“

Als Vorbild für eine deutsche Migrationspolitik nannte die Ausländerbeauftragte die Niederlande, wo es eine konkrete und offensive Gestaltung der Politik für „Neuankömmlinge“ und flächendeckende Eingliederungsprogramme gebe. Besonders für die Kommunen sieht Marieluise Beck Herausforderungen und Veränderungen: „Hier wird entschieden, ob neben der Dorfkirche eine Moschee mit Minarett gebaut wird. Wir brauchen kommunale Strategien zur Entschärfung sozialer Konflikte.“

Als Rahmenbedingungen für die individuelle und soziale Integration nannte Beck Akzeptanz in der Bevölkerung, Chancengleichheit und gleiche Bürgerrechte und -pflichten einschließlich des Wahlrechts. „Deshalb ist die Reform des Staatsangehörigkeitsrechts so wichtig gewesen!“ Sie plädierte für ein kommunales Wahlrecht für Ausländer: „Ausländerbeiräte können nur provisorisch sein!“ Sie sprach sich dafür aus, die interkulturellen Herausforderungen anzunehmen. „Wir müssen und werden immer Migration haben.“ Aber Nachbarschaft könne nicht staatlich verordnet werden. „Wir müssen ein Bewusstsein dafür schaffen, dass Zuwanderung eine Bereicherung unserer Gesellschaft ist. Wir müssen sie mit offenen Augen fruchtbar gestalten.“ ■

Michael Schröder

(siehe auch PresseSchau S. 24)

Deutschland und die Türkei: Zerrbilder im Spiegel der Medien?

Welche Rolle spielen die Massenmedien bei der Vermittlung der politischen Wirklichkeit? Eine alte Frage der Kommunikationsforschung wurde am konkreten Beispiel Deutschlands und der Türkei auf einer internationalen Fachtagung der Akademie neu gestellt. Viele Türken in Deutschland nützen türkischsprachige Medien. Ihr Deutschland- und Politikbild wird stark von diesen Medien geprägt. Umgekehrt erfahren die Deutschen nicht, welches Bild der politischen Wirklichkeit in Deutschland und der Türkei diese Medien zeichnen. Journalisten, Wissenschaftler und Praktiker der Integrationsarbeit spürten die Ursachen der Kommunikationsprobleme auf und suchten nach Möglichkeiten der Verbesserung.

Siegfried Quandt, Professor für Kommunikationswissenschaft an der Universität Gießen und Mit-Organisator der Tagung, stellte fest, dass der interkulturelle Dialog zwischen Deutschen und Türken noch immer nicht hinreichend funktioniere. Als Gründe nannte er u.a.: die alte „Gastarbeiter-



Siegfried Quandt: Interkulturelle Erklärstücke werden an den Rand gedrängt

Perspektive“ der Deutschen, die verschlissene sprachliche und landeskundliche Vorbereitung auf die Einwanderung, die mangelnde Sprachkompetenz und die mediale Ethnisierung im deutschen Rundfunk durch fremdsprachige AusländerSendungen. Die Medienkultur und -konkurrenz beschrieb Quandt als den Hauptfaktor der deutsch-türkischen Kommunikationsprobleme. Der „Kampf der

Kulturen“ stelle für die Medien eine bessere Arbeitsbedingung dar als der „Dialog der Kulturen“. Publikumserfolg erhalte man durch Emotionen, nicht durch interkulturelle Erklärstücke, die an den Rand gedrängt würden. So bleiben Klischeebilder auf beiden Seiten haften. Aus eigenen Forschungen setzte der Giessener Kommunikationswissenschaftler folgendes Grundbild deutscher Medien über die Türkei zusammen: „Es ist ein fremdes und schwieriges Land zwischen sehr gegensätzlichen Kräften und Orientierungen, das seine Probleme über die Einwanderer nach Deutschland exportiert und durch Konflikte seiner Landsleute hier die innere Sicherheit gefährdet“. Umgekehrt filterte das Zentrum für Türkeistudien in Essen folgendes Bild im türkischen Fernsehen für Auslandstürken heraus: „Die Deutschen sind areligiös, jagen dem Geld nach und trinken von morgens bis abends Bier. Im Umgang mit Fremden verhalten sie sich kalt und abweisend. Türkisch-islamische Werte haben in Deutschland keine Chance. Viele Türken sind schon von rassistischen Deutschen verbrannt worden.“

Zu beachten seien auch Unterschiede der journalistischen Kultur – so sei der türkische Journalismus patriotischer und staatsbezogener als der deutsche. Dennoch sah Quandt in Deutschland auf beiden Seiten durchaus positive Potenziale für eine erfolgreiche Rolle im Dialog der Kulturen und im Umgang mit kulturellen Unterschieden. Als für die Integration besonders för-

derlich beschrieb er die Medien, die aus der türkischen Community heraus in Deutschland entstanden sind wie z.B. „Radyo Metropol 94,8“ in Berlin: „Diese endogene Ethnisierung von Medien leistet konkrete Orientierungshilfe, stützt die Identität der türkischen Mitbürger und fördert das Miteinander von Deutschen und Türken“.

Eindrucksvolle Beispiele, wie über Jahrhunderte hinweg das Bild der Türken – früher Osmanen – durch Medien in Mitteleuropa geprägt wurde, lieferte der Orientwissenschaftler Prof. Dr. Sefik Alp Bahadir von der Universität Erlangen-Nürnberg. Im Mittelal-



Sefik Alp Bahadir: Feindbilder haben jahrhundertelange Tradition

ter und in der frühen Neuzeit waren es grausame Bilder von Gewalt an Frauen und Kindern, die die Türken als Erbfeinde der Christenheit darstellten. Diese geistige Mobilmachung gegen einen Feind von außen half über innerpolitische Schwierigkeiten hinweg. Die verbreiteten Stereotypen sind Beispiele früher Propaganda. Um die Jahrhundertwende wandelte sich das Bild: aus Furcht wurde Mitleid und die Deutschen sprachen vom „kranken Mann am Bosporus“. Und aus der Bewunderung für den Führer Ata Türk wurde das Gefühl für „eine Nation, die man lieben muss.“ ▶

In einer Diskussionsrunde mit türkischen Journalisten, die in Deutschland und in der Türkei arbeiten, wurde deutlich, welche große Verantwortung die Medien für das verstehende Miteinander der Menschen haben. Akin Duyar, Geschäftsführer des ersten türkisch-sprachigen Radios in Deutschland, wusste aus Höreranalysen, dass nur drei Prozent ein deutsch-sprachiges Programm wollen und sich die Mehrheit für eine Mischform – was immer das sein mag – ausspricht. Hülya Özkan, Türkin mit Arbeitsplatz beim ZDF-Auslandsjournal in Mainz, bedauerte, dass die Zentralredaktion immer ein anderes Türkeibild habe als der Korrespondent vor Ort und dass der mit normalen Alltagsgeschichten zuwenig durchdringe. Und Bahar Güngör, Leiter der Türkischen Redaktion der Deutschen Welle in Köln bezeichnete die „neue Schule“, den Alltag abzubilden, als Wagnis. Güngör wurde übrigens vor 22 Jahren bei der Deutschen Welle wegen zu schlechter Türkisch-Kenntnisse abgelehnt. Und Özkan bestätigte, dass Sprache allein noch kein Zeichen von Integration sei. Die heutige Generation pendele zwischen zwei Kulturen hin und her und suche den dritten Weg.



Hülya Özkan (links) und Bahar Güngör: Deutsch-Türken pendeln zwischen den Kulturen

Fotos: Schnelle, Schröder

Ein Medium für genau diese Deutsch-Türken macht Cem Sey in Berlin. Seit Anfang September gibt es „Persembe“, eine Wochenbeilage der „taz“. Manche Artikel auf türkisch, andere auf deutsch. Wer alles verstehen will, muss zwei Sprachen können. Den Einwand, ob nicht Übersetzungen für das gegenseitige Verstehen hilfreich wären, lässt er nicht gelten: „Wer Übersetzungen braucht, gehört nicht zu unserer Zielgruppe“. Ob das Produkt eine Marktchance hat, bleibt abzuwarten.

Kemal Ramoglu vom türkischen Arbeitsministerium in Ankara stellte fest, dass die Rückkehrneigung der Türken abnehme, ihr Lebens-Mittelpunkt werde mehr und mehr Deutschland. Des-



Kemal Ramoglu: „Sprache ist der Schlüssel für mehr Bildung und Integration“

Empfehlungen für die journalistische Praxis

- **Vermeldung von Mehrfachstigmatisierungen**
- **Migranten müssen deutlicher als bisher als sozial autonome und politische Subjekte hör- und sichtbar gemacht werden.**
- **In den Medien müssen mehr positive Beispiele geglückter Integrationsarbeit gezeigt werden.**
- **Die wirtschaftlichen Leistungen der Migranten in Deutschland und ihr Beitrag zu den sozialen Sicherungssystemen sind nachrichtenrelevant.**
- **Die Sprach- und Medienkompetenz der Migranten muss intensiver gefördert und ausgebaut werden.**
- **Alle Medien brauchen eine veränderte Personalpolitik: Migranten müssen mehr als bisher als Journalisten in deutschen Medien arbeiten.**
- **Durch positive Beispiele der Integrationsarbeit müssen Identifikationsmöglichkeiten geschaffen werden.**
- **Es muss mehr Programmangebote für Migranten und Einheimische geben.**
- **In Sachen Rechtsextremismus muss mehr investigativer Journalismus gefördert und betrieben werden.**

wegen sei es ein besonderes Anliegen der türkischen Regierung, die Sprachqualifikation der Migranten zu verbessern. „Sprache ist der Schlüssel für mehr Integration und bessere Bildung.“ Auf der anderen Seite dürfe es für Türken keine Diskriminierung z.B. bei der Hochschulzulassung geben. „Wir brauchen vereinbarte Spielregeln, die auch eingehalten werden.“ Es sei völlig falsch, wenn die in Deutschland lebenden türkischen Arbeiter von den deutschen Medien als Repräsentanten der gesamten Türkei betrachtet werden. So entstehe ein verzerrtes und falsches Bild über die Türken.

Einig waren sich die Teilnehmer darin, dass die Migranten in allen Medien hör- und sehbarer gemacht werden müssen. Positive Beispiele der Integration und die wirtschaftlichen Leistungen der Einwanderer müssten mehr in den Mittelpunkt des Interesses gerückt werden. Mehr sprachliche Mischprogramme und vor allem eine veränderte Personalpolitik in den Medien können dazu beitragen. Hulya Özkan hat eine Vision: „Eines Tages wird es eine türkisch-stämmige „heute“-Moderatorin geben und es wird ganz selbstverständlich sein.“ ■

Michael Schröder



Wirkungen der Images - Modelle und Befunde der Kommunikationswissenschaft

Kernaussagen von Prof. Dr. Michael Schenk,
Universität Stuttgart-Hohenheim*

- Die Massenmedien schaffen Wirklichkeitsbilder, indem sie Themen, Personen, Objekte und deren Eigenschaften in den Vordergrund rücken, ihnen Aufmerksamkeit verleihen.
- Die Massenmedien bilden die Realität dabei nicht einfach ab, sondern sie konstruieren eine spezifische „Medienrealität“, die nicht unbedingt mit der tatsächlichen Realitätsentwicklung übereinstimmen muss.
- Individuen richten sich in hohem Maße nach den Medienbildern. Insbesondere bei hoher bzw. intensiver Nutzung der Nachrichten in Fernsehen und Tageszeitungen schlagen die Wirklichkeitskonstruktionen der Medien auf die Vorstellungen durch. Hoher Medienkonsum führt zu Konsensus in den Vorstellungen auch bei differenten Bevölkerungsgruppen und -schichten.
- Allerdings können durch interpersonale Kommunikation direkte Erfahrungen die Medienbilder korrigieren, zu anderen Gewichtungen führen.

- Massenmedien tragen zur Formation nationaler Images bei. Speziell bei Auslandsthemen („unobtrusive issues“) können Individuen meist nur geringe unmittelbare Erfahrungen beeinflussen, hier ist der Einfluss der Medien besonders groß.
- Ursprünglich differente kulturelle Vorstellungen, Überzeugungen und Werte werden unter dem Einfluss des Fernsehens (vor allem bei „heavy viewing“) ähnlicher bzw. homogener (= Mainstreaming).
- Allerdings gilt auch hier: Unmittelbare Erfahrungen (z.B. Wohnen in Stadtteilen mit hohem Ausländeranteil) können den Einfluss des Fernsehens modifizieren, u.U. sogar verstärken (Resonanzeffekt).
- Priming: Durch die Präsentation bestimmter Stimuli in den Medien werden bei den Rezipienten semantisch verwandte Konzepte angesprochen.

- Massenmedien machen damit mehr als das Publikum zu unterhalten oder Nachrichten zu übermitteln: Sie beeinflussen die Art oder Richtung der Vorstellungen bzw. die Gedankenführung der Rezipienten. Für die Imagebildung gegenüber Türkei oder Türken kommt es darauf an, welche Stimuli präsentiert werden.

- Framing: Die Massenmedien setzen die Bezugsrahmen (= Frames), die Zuschauer oder Leser verwenden, wenn sie öffentliche Ereignisse interpretieren. Bei ihrer Informationsverarbeitung greifen Individuen ihrerseits auf individuelle Frames zurück: Vorhandene Schemata.

Zusammenfassung: Durch Framing und Priming von Ereignissen in den Nachrichtenmedien kann systematisch beeinflusst werden, wie Rezipienten die Ereignisse interpretieren. Es kommt entscheidend darauf an, welche Blickwinkel die Berichterstattung etwa auch über Fremde (Türken, Türkei) eröffnet, welche Themen, Objekte, Attribute ausgewählt, in welchen Bezugsrahmen sie gestellt werden. ■

*(in Auszügen)

3. Passauer Tetralog:

Abschied von der selektiven Erinnerung

Über den Umgang mit Europas Vergangenheit im 20. Jahrhundert

Zum dritten Mal hat sich der Tetralog des Mottos der Passauer Festspiele „Europäische Wochen“ angenommen. „Zukunft braucht Erinnerung“ hieß das Diskussionsthema für den israelischen Politologen Avi Primor, den polnischen Strafrechtler Witold Kulesza, den französischen Germanisten Michel Cullin und den Stasi-Unterlagen-Beauftragten Joachim Gauck. Bei der Rückschau, so die einhellige Meinung, fassen sich die Europäer immer noch zu selten an die eigene Nase. Wer aber vom Tunnelblick ab lasse und sich der ganzen Wahrheit stelle, gewinne erstaunliche Erkenntnisse für die Zukunft, versprach Joachim Gauck vor einem vollen Hörsaal der Passauer Universität.

Schon Polybios warnte: Wenn Bürger einer guten politischen Ordnung die Erinnerung an ihren Ursprung verlieren, dann ist der Boden bereit für eine schlechte politische Ordnung.

„In einer Zeit, in der viele einen Schlussstrich ziehen wollen“, so Akademiedirektor Oberreuter in seiner Einführung, „kommt man nicht umhin, sich der politischen Wurzeln zu erinnern.“ Deutschland habe als einziges Land beide großen Diktaturen des 20. Jahrhunderts ausgeprägt. Fruchtbare Boden für ein Gespräch über die Schwierigkeiten des Erinnerns.

Nichts gewusst

„Gültig für alle Länder der Welt mit Ausnahme Deutschlands“ - der Vermerk in israelischen Nachkriegs-Pässen brandmarkte Deutschland als weißen Fleck auf der Landkarte. „Meine Generation wollte von Deutschland nichts wissen“, sagte der 65-jährige Avi Primor, bis 1999 Botschafter in Deutschland. Den Israelis sei stets wichtig gewesen, wie die Deutschen zu ihrer Vergangenheit stehen. Immer

Im fehlenden Schuldeingeständnis der Deutschen während der 50er und 60er Jahre sieht Primor, heute Präsident der Universität Tel Aviv, den

baute, habe man ihm eher verübt als gedankt.

Aus Sicht Primors waren es erst die Studenten der 68er-Bewegung, die eine Debatte über die deutsche Vergangenheit eröffneten und so die große Wende im deutsch-israelischen Verhältnis herbeiführten. Seither entwickelten sich die Beziehungen positiv. „Wir wissen heute“, so Primor, „dass Deutschland eine echte parlamentarische Demokratie ist und dass zumindest die Mehrheit der Deutschen ihre Vergangenheit nicht mehr verleugnet.“ Versöhnlich und mahnend der Schlussatz des Politologen: „In der Erinnerung liegt die Erlösung.“



v.l.: Avi Primor und Joachim Gauck: Gespräch über die Schwierigkeiten des Erinnerns
Fotos: Dermietzel

Hauptgrund für die Skepsis seines Landes gegenüber Deutschland. Dass die Bundesrepublik mittlerweile ein Rechtsstaat war, habe man darum in Israel gar nicht zur Kenntnis nehmen wollen. Auch das zwischen Adenauer

Für Joachim Gauck ist die Erinnerungsverdrängung nicht nur ein deutsches Problem, sondern überall auf der Welt verankert. „Ich habe nichts gewusst“ sei doch nicht nur das Lied der Deutschen gewesen, sondern „die Internationale der Täter“. Die fehlende Zivilcourage in der Mitte eines Volkes liegt nach seiner Ansicht der Entstehung von Unrechtsstaaten zu Grunde: „Weil der ganz normale Mensch immer wieder meint, er könne überhaupt nichts ausrichten.“

Wer seine eigenen Möglichkeiten nicht ausgeschöpft habe, der erinnere sich nicht an Leidensgenossen, die re-

„In der Erinnerung liegt die Erlösung.“

Avi Primor

wieder habe man gehört, „die Deutschen würden alles verdrängen“. Eine amerikanische Journalistin habe damals geschrieben, „Ich habe nichts gewusst“ sei wohl die vierte Strophe der deutschen Nationalhymne.

und Ben Gurion verhandelte Wiedergutmachungsabkommen von 1952 konnte die Stimmung kaum verbessern. Dass Gurion ausgerechnet mit deutschen Maschinen die neue Heimat vieler Holocaust-Überlebender auf-

belliert hätten, sondern nur noch an Täter auf der einen und Opfer auf der anderen Seite. Diese Schwarzweißmälerei entstehe, weil sich überführte Täter symptomatisch über Siegerjustiz erregten und die stets schweigende Mehrheit aus Angst vor dem neuen Regime so tue, als habe sie von nichts gewusst. Selektives Erinnern sei jedoch keine politische Bosheit, sondern menschliche Normalität. Theologe Gauck: „Jeder muss sich prüfen, ob er nicht doch genug gewusst hat, um die eigene Zivilcourage in Gang zu setzen.“

Witold Kulesza wäre gerne Joachim Gauck. Er ist Chef der Hauptkommission zur Untersuchung der Verbrechen gegen das polnische Volk. Während Gauck in seiner Behörde Herr über die vorhandenen Beweismittel ist, muss Kulesza immer noch um Akteneinsicht kämpfen. In 1000 Strafprozessen seit 1991 hat er nur 30 Täter verurteilen lassen können, weil er seine Anklagen so selten belegen kann. Bei den Urteilen handele es sich zudem oft nur um symbolische Strafen. „Das Problem mit Diktaturen ist“, so Kulesza, „dass sie ihr Handeln stets für legitim hal-

Polen verfolge zum Ärger Kuleszas die Strategie des Vergessens. Denn wenn die Wahrheit ans Licht komme, fürchteten viele Polen, gefährde das die Chancen auf einen baldigen EU-Beitritt. Für den Juristen Kulesza steht jedoch ohne Kompromisse fest: „Ohne Akteneinsicht haben wir keinen Rechtsstaat. Wir brauchen in Polen eine Gauck-Behörde als Standbein des Rechtsstaats.“

Michel Cullin, ehemals Kulturattaché der französischen Botschaft in Bonn, diagnostiziert auch bei seinen Landsleuten Erinnerungsprobleme. Das Vichy-Regime werde verdrängt, die Résistance-Bewegung verklärt. Dass auch Franzosen ihre jüdischen Nachbarn den Nazis ausgeliefert haben, sei nach 1945 unter den Tisch gefallen und erst 50 Jahre später offiziell zugegeben worden.

Entscheidend ist für Michel Cullin beim Blick zurück aber die Tatsache,

„Der Widerstand ist ein europäisches Phänomen.“

Michel Cullin

dass in der Résistance nicht nur Franzosen, sondern auch Deutsche und Österreicher aktiv waren. Auf diese gemeinsame Vergangenheit müsse man sich künftig besinnen: „Sie legitimiert, ja verpflichtet uns zur Versöhnung zwischen den Völkern.“ Nationales Gedenken ist heute nicht mehr angebracht für den stellvertretenden Generalsekretär des Deutsch-Französischen Jugendwerks: „Wir müssen begreifen, dass der Widerstand ein europäisches Phänomen ist. Dann hat Europa wirklich eine Zukunft.“

An den Erfahrungen des 20. Jahrhunderts müssen sich künftige Generationen messen lassen, so Oberreuter. Dabei könne man keine Heldenataten verlangen, sondern von jedem nur die Zivilcourage erwarten, die seinem Einfluss entspricht. „Umso mehr gilt denen unser Respekt, die ihr Leben für Freiheit und Menschlichkeit geopfert haben.“ ■

Jan Dermietzel

(siehe auch Presseschau S. 23)



Witold Kulesza und Michel Cullin (v.l.): Erinnerungsprobleme bei allen Völkern

Sich nachher einzustehen, dass man doch hätte etwas bewirken können, sei indes die Hölle. Wer sich diesem schmerzhaften Prozess jedoch öffne, überwinde seine Traumata und füge „dem alten Lebensmuster, das uns kaputtmachte, ein neues hinzu“.

Das Umgehen mit der DDR-Vergangenheit ist für Gauck somit „kein Konflikt zwischen Ossis und Wessis, sondern ein reines Problem Ost-Ost“. Wer sich nur an die positiven Seiten in der DDR erinnern wolle, der habe tief im Innern ein schlechtes Gewissen. Da seien sich die Ohnmächtigen in DDR und Nazideutschland sehr ähnlich - und: „Die Unterdrücker übrigens auch.“

ten. Mit ihren eigenen Gesetzen sind sie kaum zu fassen, auch später nicht.“ Etwa 5000 Justizmorde zwischen 1944 und 1956 untersucht Kuleszas Kommission. Die kommunistischen Machthaber haben damals Soldaten ohne juristische Vorbildung als Richter eingesetzt. Klagt man jene heute wegen ihrer Meuchelurteile an, beteuern sie, das politische Klima habe ihnen keine andere Wahl gelassen.

„Die Ohnmächtigen in DDR und Nazi-Deutschland sind sich sehr ähnlich. Die Unterdrücker auch.“

Joachim Gauck

Für Kulesza schließt sich hier der Kreis mit den Nazi-Tätern, „denn deren Urteile sind auch nicht anders zu stande gekommen“.

„Schlussstrich“ belohnt die Feinde der Demokratie

Die Wahrheit über sich selbst erfahren und ertragen

Aufarbeitung oder Amnesie? Diese Frage wurde vom ersten bis zum letzten Referenten einhellig beantwortet: Vergessen ist die wohl unangemessenste Reaktion auf die beiden Diktaturen auf deutschem Boden. Sowohl nach dem Zusammenbruch des NS-Staates wie auch nach der friedlichen Revolution im Unrechtsstaat der SED setzten von verschiedenen Seiten Versuche ein, sich mit der Vergangenheit auseinander zu setzen - sei es nun auf juristischem, politischem oder historisch-wissenschaftlichem Wege. Um über diese Bemühungen zu diskutieren, trafen sich Zeitzeugen, Publizisten und Wissenschaftler bei der Tagung „Schlussstrich - Sinn oder Widersinn?“, die in Zusammenarbeit mit der Vereinigung „Gegen Vergessen - für Demokratie“ in Tutzing stattfand.*

Der Zeitpunkt der Tagung unmittelbar vor dem 3. Oktober war nicht zufällig gewählt. Steht doch dieses Datum für die Einheit der beiden deutschen Staaten und damit für die Möglichkeit einer friedlichen Überwindung von Diktaturen. 44 Jahre vorher ging das andere totalitäre Regime in Deutschland zugrunde: das „Dritte Reich“.

Teidigung und Begründung unserer pluralistischen, rechtsstaatlichen Demokratie im Mittelpunkt steht. Beide Wege sind beschritten worden und sollten auch weiterhin beschritten werden, indem man neben der juristischen Aufarbeitung auch die öffentliche diskursive Auseinandersetzung nicht vergisst. Ähnlich äußerte sich auch der frühere Bundesjustizminister und

Kapitel der deutschen Geschichte wachgehalten werden. Denn dadurch kann auch (und gerade) die nachgeborene Generation befähigt werden, „neuerliche Fehlentwicklungen zu erkennen (...) und sich für die Bewahrung der Demokratie zu engagieren“ (Vogel).

Nicht nur, aber besonders aus deutscher Sicht, kann man von einem finsternen Jahrhundert der Diktaturen sprechen. Jedoch erlaubt die geschichtliche Entwicklung auch die Einordnung als „Zeitalter der Befreiung und der Demokratien“ (Bracher). Ganz gleich welcher Einschätzung man näher steht - beide Diktaturen bedürfen nach wie vor der historischen, politischen und juristischen Bearbeitung und Erinnerung.

Eine Leitidee, die sich durch das gesamte Tagungswochenende zog, war die Frage nach der Vergleichbarkeit von NS- und SED-Diktatur. Nachdem Karl Dietrich Bracher die Phänomene Totalitarismus, Faschismus und Diktaturherrschaft des 20. Jahrhunderts dargelegt, und Karl Wilhelm Fricke wissenschaftliche und persönliche Aspekte der Schlussstrich-Diskussion der letzten 55 Jahre ins Spiel gebracht hatte, war das Feld für die Vergleichbarkeitsdebatte bereitet.

„Vom Standpunkt der Demokratie, (...) des Rechtsstaates und der Menschenrechte sind beide Systeme dezidiert abzulehnen, was indes nicht heißt, dass sie gleich sind“, mit diesen Worten resümierte Bernd Faulenbach, Professor für Geschichte in Bochum, seinen Vortrag über die Vergleichbarkeit beider totalitärer Regime. Vorausgegangen war eine Gegenüberstellung von NS- und SED-Diktatur unter dem Motto „Kontinuität und Diskontinuität“, die anhand verschiedener Aspekte Gemeinsamkeiten und Unterschiede herausarbeitete. Beide Regime stellten sich als ein Herrschaftssystem mit totalitärem Politikanspruch dar, was sich an der nicht begrenzten Staatsmacht, einer fehlenden unabhängigen Justiz und der Verletzung elementarer Menschenrechte ebenso zeigt wie an dem



Erinnerung wachhalten: Hans-Jochen Vogel (l.) und Karl-Dietrich Bracher
Fotos: Peucker

Grundsätzlich kann man mit Diktaturen auf zweierlei Weisen umgehen, wie Akademiedirektor Oberreuter in seinen einleitenden Worten hervorhob: Zum einen „retrospektiv“, abziehend auf die „sozialhygienische und rechtliche Bewältigung“, und zum anderen „präventiv“, wobei die Ver-

SPD-Vorsitzende Hans-Jochen Vogel, Vorsitzender der Vereinigung „Gegen Vergessen - für Demokratie“. Gerade in einer Zeit, in der rechtsextreme Gewalt, dumpfe Fremdenfeindlichkeit und auflodernder Antisemitismus nahezu täglich zu Gewalttaten führen, sollte die Erinnerung an die dunklen

*Im Rahmen der Veranstaltung wurde die Ausstellung „Zivilcourage“ der Gauck-Behörde, die sich mit der 40-jährigen Opposition in der DDR auseinandersetzt, gezeigt.

Einsatz von Propaganda, der mächtigen Geheimpolizei und einem faktischen Einparteiensystem. Die DDR erlangte in ihrer 41-jährigen Geschichte jedoch zu keinem Zeitpunkt einen solchen Grad an staatlicher Souveränität wie die Nationalsozialisten, was in erster Linie mit den Machtinteressen der UdSSR an der Westgrenze des Ostblocks zu erklären ist.

Vergleichen heißt nicht Gleichsetzen

Ein weiteres Beispiel für Gemeinsamkeiten und Unterschiede lässt sich anhand der Systemverbrechen festma-

einzelne Verbrechen von Nationalsozialisten und Kommunisten vor jeglicher Bagatellisierung zu bewahren.

Nicht nur die Diktaturen selbst, sondern auch der Stand der historischen Forschung und wissenschaftlichen Aufarbeitung war Thema der Tagung. Die Geschichtsforschung, die sich mit den Nationalsozialisten und dem Dritten Reich beschäftigt, hat in den letzten 50 Jahren mehrere Paradigmenwechsel erfahren: Von den anfänglich monolithischen Zügen der Forschung, die Hitler als den hauptschuldigen Verführer des deutschen Volkes verstanden, hin zu multikausalen Modellen, die das Fehlverhalten verschiede-

forscht. Die Auseinandersetzung mit der ostdeutschen Vergangenheit ist institutionell ausreichend etabliert, abgesehen von einigen Lücken in der Geschichtsforschung, z.B. über die Handlungsspielräume der SED-Spitze bzw. der DDR gegenüber der Sowjetunion. Ein großes Problem liegt jedoch in der Westdominanz der Ost-Forschung, was teilweise zu einer „Überfüllung durch geschichtspolitische Lektionen des Westens“ (Eckert), ja zum Eindruck westlicher Bevormundung der Ostdeutschen geführt hat.

Besonders aufschlussreich entwickelte sich eine Diskussion zwischen Hans Mommsen und Karl Wilhelm Fricke über die Verdienste von DDR-Historikern bei der Aufarbeitung der NS-Vergangenheit: Keinem ostdeutschen Historiker war es unter dem SED-Regime möglich, sich ideologiefrei mit der NS-Geschichte auseinander zu setzen. Die Ergebnisse der DDR-offiziellen Forschung auf diesem Gebiet sind weitgehend irrelevant geblieben. Dies lässt sich offensichtlich im Zeichen der Kontinuität der beiden Diktaturen interpretieren: eine kritische Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit war im SED-Staat unerwünscht, hätte sie doch mit Gewissheit Parallelen zwischen der ersten und der zweiten Diktatur in Deutschland zu Tage gefördert.



Unterschiede nicht ebnen: die Historiker Bernd Faulenbach, Rainer Eckert und Hans Mommsen (v.l.)

chen. Beide Diktaturen stützten ihre Herrschaft auf Gewalt, Verfolgung und Terror, dennoch ist es zweifellos wahr, dass es in der DDR sehr wohl Morde, aber „keine staatlich gelenkten Massenmorde“ (Faulenbach) wie bei den Nazis gegeben hat. Die Methoden der SED waren auch grausam und menschenverachtend, aber bekanntlich anderer Natur.

Sowohl weitere Übereinstimmungen wie auch Unterschiede werden deutlich, wenn man die Rolle der Ideologie, Wege der politischen Integration und die Stellung verschiedener gesellschaftlicher Akteure (Bürgertum, Kirche, Wirtschaft) in den jeweiligen Regimes ins Blickfeld rückt.

Vor einer Überdehnung der Vergleichbarkeitsdebatte sei gewarnt, so Faulenbach. Unterschiede dürfen nicht eingeebnet werden, und eine notwendige Differenzierung ist nötig, um jedes

neuer gesellschaftlicher Gruppen mitverantwortlich machen. Auch haben sich die zentralen Forschungsinhalte im Laufe der Zeit von der zunächst fast ausschließlich untersuchten Phase vor 1939 hin zu den Kriegsjahren und den Verbrechen des Holocausts verschoben.

„Die Auseinandersetzungen mit der nationalsozialistischen Vergangenheit als auch die mit der Diktatur der SED sind besser als ihr Ruf“, so Rainer Eckert. Wenn gleich die 60er und 70er Jahre der DDR-Geschichte zu selten das Forschungsinteresse der Historiker auf sich gezogen haben, so sind die Anfangsphase und die Jahre des Zusammenbruchs des SED-Regimes gut er-

Neben der historischen und politischen Aufarbeitung stand vor allem auch die Frage nach der juristischen Aufarbeitung der beiden Diktaturen auf dem

**Erinnern
heißt nicht
das Gedächtnis zu belasten,
sondern
den Verstand zu erhellen.**

G.E. Lessing

Programm. Von einer gnadenlosen Siegerjustiz kann in diesem Zusammenhang weder beim Umgang mit dem Nationalsozialismus noch nach dem Zusammenbruch der SED-Herrschaft die Rede sein - darüber war man sich auf der Tagung grundsätzlich einig.

Die Verfolgung von NS-Verbrechen verlief in Deutschland eher schleppend. Von den 106.496 Beschuldigten, gegen die Ermittlungsverfahren wegen nationalsozialistischer Verbrechen eingeleitet wurden, wurden lediglich 6% rechtskräftig verurteilt. Diese Quote hat sicherlich verschiedene Gründe: Verjährung (soweit es sich nicht um Morddelikte handelte), Unklarheit bei der rechtlichen Zuständigkeit, voreingenommene Zeugen, Vernichtung vieler Beweisdokumente, Schlussstrich-Mentalität. Traurig, aber auch nachvollziehbar in Anbetracht der Tatsache, dass einige Richterstühle ihre Herren seit dem Nazi-Regime noch immer nicht gewechselt hatten.

Hilflose Sieger statt Siegerjustiz

Auch das unter der DDR-Fahne begangene Unrecht wurde keineswegs zur Zielscheibe blindwütiger Verfolgung. Von insgesamt 62.000 Ermitt-

Regimes geworden sind - ein gutes Dutzend mit erlittenen Haftstrafen zwischen 4 und 12 Jahren - verdeutlichten diese Bewertung eindrucksvoll.

Auch aus der Sicht der Justiz steht eine Schlussstrichziehung nicht zur Debatte, dadurch würden „geschichtliche Wahrheiten zugeschüttet werden“ (Jahntz), und es könnte der Eindruck entstehen, dass staatliches Unrecht weniger konsequent verfolgt wird. Dennoch steht die deutsche Justiz vor einem gewissen Ende in Sachen DDR-Unrechtsverfolgung, da seit dem 3. Oktober 2000 viele SED-Verbrechen - soweit es sich nicht um Totschlagsfälle oder Justizunrecht mit Todesurteilen handelt - verjährt sind. Ein immer wieder auftauchendes Thema, das mit der juristischen, aber auch mit der gesamtgesellschaftlichen Aufarbeitung beider totalitärer Regime auf deutschen Boden in engem Zusammenhang steht, ist die Frage nach dem Wechsel von Eliten auf dem Weg in die Demokratie. Wenngleich auf die-

heftig geführte Diskussion um den Umgang mit der SED-Nachfolgepartei PDS. Vor lauter „Normalisierungsgerede“ (Wolfgang Templin) werde übersehen, dass führende Köpfe der PDS nach wie vor an „marxistisch-leninistischen Illusionen“ (Günter Schabowski) festhalten. Auch Prof. Manfred Wilke warnte vor einer dramatischen Entwicklung des Politik- und Parteispektrums in Deutschland durch die Hoffähigmachung der SED-Nachfolgepartei.



Günter Schabowski: Gesinnungswandel überzeugend dargelegt



Keine Indizien für Siegerjustiz: Karl Wilhelm Fricke, Bernhard Jahntz und Willi Dreesen (v.l.)

lungsverfahren gegen SED-Unrecht kam es bisher zu 1000 Anklagen, und die Zahl der Verurteilungen (momentan 400) wird auch in ihrer endgültigen Bilanz die 500-Marke nicht überschreiten. Solche Fakten als ein Indiz für Siegerjustiz zu werten, ist abwegig - Prof. Wolfgang Schuller spricht umgekehrt von „hilflosen Siegern“. Umso verständlicher sind die enttäuschten bis wütenden Reaktionen vieler Bürger aus der ehemaligen DDR. Die Äußerungen einiger Tagungsgäste, die selbst Opfer des SED-

sem Feld keine völlig einheitliche Meinung vorherrschte, so war doch klar, dass ein volliger Elitenauftausch weder nach dem 2. Weltkrieg noch nach dem Zusammenbruch des SED-Regimes stattgefunden hat. Zwar wurden die Strukturen der Diktaturen in beiden Fällen zerschlagen, das Personal tauschte man jedoch zumindest auf mittlerer Ebene (und z.T. auch in Schlüsselpositionen) nicht konsequent aus. Aus dieser Richtung entwickelte sich im Rahmen der Podiumsdiskussion (Leitung: Mechthild Küpper) eine

Nicht immer hat die Tagung zu einhorigen Lösungen und allgemeinem Konsens geführt - das war auch nicht ihr Ziel. Viel wichtiger ist, dass sie einen reifen Beitrag zur diskursiven Auseinandersetzung mit der deutschen Geschichte zu leisten vermochte. Historiker, Publizisten und Zeitzeugen tauschten sich aus, Opfer berichteten von erschreckenden Erlebnissen im SED-Staat, die Probleme und Erfolge der „retrospektiven“ Bewältigung der Geschichte durch die Justiz erfuhr man von Oberstaatsanwälten - und mit Günter Schabowski war sogar ein verurteilter SED-Täter anwesend, der aufgrund eines Terminzufalls an seinem letzten offiziellen Hafttag seinen Gesinnungswandel überzeugend schilderte und sich der Diskussion mit den Opfern des SED-Regimes offen stellte.

Diese Art von Auseinandersetzung bleibt im Interesse der Gestaltung einer gemeinsamen Zukunft nötig - gemäß dem Lessing-Zitat: Erinnern heißt nicht das Gedächtnis zu belasten, sondern den Verstand zu erhellen. ■

Mario Peucker

(siehe auch Pressestimmen S. 24)

Politik in den Ferien

Auch in diesem Jahr nahmen wieder 65 Lehrerinnen und Lehrer am traditionellen Ferienseminar der Akademie zu Beginn der bayerischen Sommerferien Anfang August teil. Unter der Leitung von Dr. Jürgen Weber äußerten sich namhafte Referenten zu Fragen der Zeitgeschichte und zu politischen Problemen der Gegenwart.



Prof. Dr. Anton Pelinka von der Universität Innsbruck sprach über Parteien, Koalitionen und politische Kultur in Österreich.

Fotos: Peucker, Schnelle

Besuch aus Moskau

In einem Fortbildungsseminar für Geschichts- und Sozialkundelehrer im Juli analysierte der ehemalige stellvertretende sowjetische Botschafter in Ost-Berlin Igor Maximtschew den Stand und die Entwicklung der deutsch-russischen Beziehungen. Maximtschew ist kürzlich einem breiteren Publikum bekannt geworden durch seinen Auftritt im zweiteiligen Doku-Fernsehspiel „Deutschlandspiel“, in dem er kongenial durch Peter Ustinov verkörpert wurde.

Sein Gesprächspartner war Dr. Johannes Grotzky, Leiter der Hauptabteilung Politik im Hörfunk des Bayerischen Rundfunks (rechts).



Akademie vertieft internationale Kontakte



Berufskonsuln aus 17 Staaten des in Bayern akkreditierten Konsularkorps waren am 13. September wiederum zu einer eigenen Veranstaltung in der Akademie. Bei den vielfältigen Terminen der Diplomaten spricht das für das Interesse an und die gute Zusammenarbeit mit der Akademie, die in den letzten Jahren ihre internationalen Tagungen erheblich ausgeweitet hat. Neben der Vorstellung der Aufgaben der Akademie durch Direktor Prof. Dr. Heinrich Oberreuter diskutierten Staatskanzleichef Erwin Huber MdL und der Hausherr mit den Diplomaten über das Thema: „Parteien in Bayern und Deutschland - ungeliebt und unerlässlich“. Angesichts des Vertrauensverlustes der Parteien infolge der jüngsten Finanzmanipulationen müsse man auch die Kehrseite sehen: Huber machte glaubhaft: Er selbst - und das gelte auch für

seine Landtagskollegen und die Funktionsträger der Parteien - kümmere sich um die Anliegen der Bürger über die Grenze des an Arbeitskraft und Zeitaufwand Zumutbaren hinaus. Die Tagung hatte Dr. Horst Denzer organisiert.

Deutschland - einig Medienland?

Fragen und Fakten zur Integrationsleistung der Medien im deutschen Vereinigungsprozess

Der Versuch einer Zwischenbilanz sollte es sein: Zehn Jahre nach der staatlichen Vereinigung Deutschlands wurde die Medienlandschaft auf den Seziertisch gelegt. Zusammen mit dem Münchner Arbeitskreis Öffentlicher Rundfunk (MAR) und seinem Sprecher, dem Eichstätter Journalistik-Professor Walter Hömberg, versuchte die Tutzinger Akademie die Entwicklungen nachzuzeichnen, zu bewerten und Folgerungen für die Zukunft zu ziehen. Dabei wurden die verschiedenen Medien selbst, ihre Inhalte, die Journalisten und das Nutzungsverhalten des Publikums untersucht und diskutiert. Wissenschaftler und Journalisten aus den alten und jungen Bundesländern stellten dabei fest, dass es immer noch nicht einfach ist, die gleiche Sprache zu sprechen und dass Sichtweisen und Einstellungen häufig auseinander liegen.

Walter Hömberg beschrieb den Wandel der DDR-Medienlandschaft 1989/90 als einen ungeheuer schnellen Umbruch und Transformationsprozess. Vom Agitator und Propagandisten Leninscher Prägung im staatlich gelenkten System sollte der Journalist zum Kritiker und Kontrolleur in pri-



Walter Hömberg: „Weniger die Differenzen kultivieren“

Fotos: Schnelle

vatwirtschaftlichen Medien werden. Das Publikum – auch zu DDR-Zeiten immer schon mit hoher Präferenz zum West-Fernsehen – wurde schnell zum eifrigsten Konsumenten; vor allem der kommerziellen Fernsehsender. Heute bevorzugen 41 Prozent der Westdeutschen das öffentlich-rechtliche System, bei den Ostdeutschen sind es nur 36 Prozent. Auch quantitativ gibt es

deutliche Unterschiede: mit 202 Minuten täglicher Fernsehdauer liegen die Ostdeutschen 24 Minuten vor den Landsleuten in der alten Bundesrepublik. Hömbergs Fazit: „Bei der Mediennutzung gibt es keine Einheit.“

Pressekonzentration im Osten höher als im Westen

Kritik am Vorgehen der Treuhandanstalt und dem Kartellamt übte der Medienexperte bezüglich der Tageszeitungen. Der Marktanteil der an westdeutsche Pressekonzerne verkauften, ehemaligen SED-Bezirkszeitungen liege heute mit 94 Prozent höher als zu DDR-Zeiten. Es gäbe heute weniger Vollredaktionen, Verlage und Ausgaben als 1990. Insgesamt sei die Pressekonzentration in Ostdeutschland größer als im Westen.

Veränderungen in der Themenstruktur der Zeitschriften zeigte Hömberg auf: während in der Illustrierten „Guter Rat“ 1984 die Themen „Haushalt, Wirtschaften, Basteln, Handarbeit und Werken“ mit 60 Prozent dominierten, überwog 1996 das Themenfeld „Geld und Recht“ mit 40 Prozent des Inhalts. Service- und Ratgeber-Journalismus überwiegt.

Bezogen auf die Journalisten stellte der Eichstätter Hochschullehrer fest: „Es gab 1990 keine Stunde Null.“

60 Prozent der Journalisten waren auch schon in der DDR in diesem Beruf tätig, ein Fünftel waren Anfänger aus dem Osten, 18 Prozent stammten aus dem Westen. Hömbergs Bilanz: „Der Begriff von den blühenden Landschaften ist - bezogen auf die Medien - ein Euphemismus. Aber es wurde auch nicht alles platt gemacht. In Zukunft sollten wir weniger die Differenzen kultivieren!“

Generationensprung - „die Rache der Geschichte“

Den subjektiven Faktor, der im Lauf der Tagung noch öfter eine Rolle spielen sollte, führte Karl-Friedrich Reimers ein, Professor für Medien- und Kommunikationswissenschaft an der Hochschule für Fernsehen und Film München und nach 1990 an der Universität Leipzig tätig. Seine persönlichen Erinnerungen und Erfahrungen beim Auf- und Umbau des dortigen



Karl-Friedrich Reimers: „Mentale Wahrnehmungsblockade auf beiden Seiten“

Journalistik-Instituts an der ehemaligen Karl-Marx-Universität (als „Rotes Kloster“ bekannte Journalisten-Kadverschmiede der DDR) prägten seinen Vortrag. Er kritisierte sowohl die „kontextverarmten Westdeutschen“

wie auch den fehlenden Horizont der DDR-Bürger. Das Auseinanderleben der Deutschen in Ost und West durch den Generationensprung bezeichnete er als „die Rache der Geschichte“: „Es gab zwei deutsche Blindheiten. Die Wessis waren doch gar nicht interessiert an den DDR-Medien.“ Und im Osten wurde ein durch Medien verzerrtes und geschöntes West-Bild wahrgenommen: „Auf beiden Seiten gab es eine mentale Wahrnehmungsblockade.“ Seine Kritik an den aktuellen Zuständen und Inhalten der Medien in Deutschland: „Warum dolmetschen die Journalisten den deutschen Vereinigungsprozess nicht besser?“

Kritik an der Treuhand

Der Medienforscher Dieter Stürzebecher von der Hochschule Hannover durchleuchtete die Presselandschaft der jungen Bundesländer. Seine Vermutung: „Deutschland ist kein einzig Medienland.“ Seine Anhaltspunkte: von den 80 Neugründungen des Jahres 1990 hätten kaum welche überlebt. Die alten Monopolstrukturen der DDR-Presselandschaft seien von der Treuhand übernommen und privatisiert worden. Sie sind ungebrochen erhalten geblieben, Kommunikationsräume wurden konserviert. „Die Tageszeitungen mit den hohen Auflagen sind heute unangefochtener denn je.“ Die lokalen Monopole mit ihrer geringeren publizistischen Leistung in bezug auf Aktualität, Kontrolle und Kritik seien im Osten noch problematischer als im Westen. Dort fehlten demokratische Traditionen und publizistische Vielfalt sei besonders wichtig. Die Zuspitzung des Journalismus-Forschers: die Orientierungsleistung und Integrationsfunktion der Medien in den jungen Bundesländern wurde und wird vernachlässigt. Und da Rechtsextremismus ein Ausdruck von Entwurzelung und Orientierungslosigkeit sei, tragen die Medien ein Stück der Mitverantwortung für die überproportional hohe Fremdenfeindlichkeit in Ostdeutschland.

Ein erstaunlich homogenes Bild zeichnete Stürzebecher vom Berufsverständnis der Journalisten. Allerdings gebe es im Osten „mehr Missionare und weniger Rechercheure“.

Die Lokalberichte seien überall ausgeweitet worden, zurückhaltender sei man im Osten mit der Kommentierung. Besondere Scheu habe man vor der Meinung im Lokalteil. Die westdeutschen Zeitungen seien praktisch ohne Publikum: so erreicht z.B. die Süddeutsche Zeitung in ganz Sachsen weniger Leser als im Bezirk Tübingen, die Frankfurter Allgemeine Zeitung verkauft in Brandenburg und Sachsen-Anhalt zusammen weniger Exemplare als im Saarland.



Hans-Jörg Stiehler: „Der Osten kommt nur als Problemzone vor“

Der Leipziger Medienforscher Hans-Jörg Stiehler benannte die unterschiedliche Fernsehnutzung in Ost und West und deren Ursachen. Die Aufälligkeiten bestehen seit 1990 und werden eher noch größer. Drei Phänomene schälen sich heraus: der höhere Zeitaufwand für die Mediennutzung, die stärkere Unterhaltungsorientierung (übrigens ein DDR-Erbe) und die höhere Präferenz für Boulevardthemen aus den Bereichen Sex, Kriminalität, Katastrophen. Und schließlich die starke Distanz zu überregionalen Medien und Nähe zu regionalen Medien, die mit Provinzialität einher gehen kann. Der Ostdeutsche habe ein stärkeres Separat-Bewusstsein, gepaart mit dem Unbehagen an westdeutscher Dominanz und dem Gefühl, Deutscher 2. Klasse zu sein. Er habe das Empfinden, er und sein Alltag käme in den West-Medien zu wenig vor und wenn, dann nur als „wirtschaftliche, politische und kulturelle Problemzone.“

Zu den weiteren Ursachen dieser Unterschiede zählte Stiehler die aktuelle wirtschaftliche und soziale Lage mit Massenarbeitslosigkeit und schlechter Infrastruktur für alternative Freizeitangebote.



Sandra Dassler: „Vom Objekt zum Subjekt der Berichte werden“

zeitangebote. „In den weniger urbanen Strukturen Ostdeutschlands ist Fernsehen das billigste Freizeit-Medium.“ Die Fernsehnutzung ist ein Ausdruck der Flucht vor den Realitäten des Alltags einer apathischen, frustrierten und resignierten Gesellschaft (Claus Offe). Ferner sei das privat-kommerzielle Rundfunksystem mit allen seinen Problemen und Gesetzmäßigkeiten in den neuen Ländern nach 1990 praktisch ohne gesellschaftspolitische Diskussion über die Risiken und Wirkungen eingeführt worden.

Gräben tiefer geworden

In drei Arbeitskreisen wurden die Medien genauer unter die Lupe genommen. Sandra Dassler, Chefreporterin der Lausitzer Rundschau aus Cottbus, berichtete authentisch von ihren Wende-Erfahrungen. Ihre Bilanz: die Integrationsaufgabe der Presse bei der Begleitung des Einigungsprozesses wurde nicht erfüllt, die Gräben seien tiefer geworden, die Neugier aufeinander habe abgenommen. Der Osten sei nicht zum Subjekt der Berichte geworden, sondern Objekt geblieben. Die Ostdeutschen seien es leid, immer nur mit Negativ-Nachrichten in Verbindung gebracht zu werden. Sie forderte eine gesamtdeutsche Rückbesinnung auf die gemeinsame publizistische Verantwortung und Aufgabe. Trotz größerer Freiheit beklagte sie den immer noch fehlenden

Mut zur Kommentierung und die Angst vor dem Neuen. Heftige Kritik kam auch von ihr an der Konzentrationspolitik der Treuhand und dem Desinteresse und dem fehlenden Blick des Westens.



Ernst Elitz: „Deprofessionalisierung“ des politischen Hauptstadtjournalismus

Monika Künzel, heute Redakteurin beim DeutschlandRadio in Köln und vor 1989 Journalistin beim (Ost)-Berliner Rundfunk, erläuterte im Arbeitskreis Hörfunk ihre Vorstellungen eines deutschen Integrationshörfunks: bei aller Wertschätzung intellektueller Programme käme es auch auf „kommunikable Qualität“ an. Denn: „Es muss ja auch beim Publikum ankommen.“ Die ehemaligen DDR-Bürger litten unter dem Afrika-Syndrom. Über den schwarzen Kontinent werde in Europa auch nur berichtet, wenn es dort Bürgerkrieg, Seuchen und Naturkatastrophen gebe. Sie wünschte sich mehr Gäste aus dem Osten in Talkshows; und nicht nur dann, wenn es dort Probleme wie Rechtsextremismus und Massenarbeitslosigkeit gibt. Künzel forderte mehr „Brückenschlagsthemen, die die Einheit fördern, in allen Programmen“.

Günther von Lojewski, seit dem Frühjahr 1989 Intendant des Senders Freies Berlin (SFB) und so Augen- und Ohrenzeuge der Geschehnisse am Brennpunkt Berlin, gestand ein, dass die Chance des Rundfunks, mehr zur Integration beizutragen, nicht geglückt sei. Das Mediensystem sei in den politischen Makrokosmos des Einheits-

prozesses integriert gewesen und es sei wie auch alle anderen Systeme (Wirtschaft, Soziales, Recht) den DDR-Bürgern übergestülpt worden: „Irrtümer und Mängel eingeschlossen.“ Für andere, langsame Reformentscheidungen sei allerdings – wie auch in der Politik – keine Zeit gewesen. Den politischen Reformstau der 80er Jahre habe es auch im öffentlich-rechtlichen Rundfunksystem gegeben. Die Mängel in der ARD hätten 1990 durch eine gesamtdeutsche Strukturreform beseitigt werden müssen. Dies Vorhaben sei gescheitert. Stattdessen hätten Politiker und Journalisten in den neuen Ländern



Hannelore Steer: „Gerüchte beherrschen die Nachrichtenlage“

es verstanden, ein Ost-Bewusstsein, ein Wir-Gefühl bis hin zur „Ostalgie“ zu wecken, das nach eigenen Strukturen rief. Dies sei im Rückblick ein bedauerlicher Prozess, der die innere Einheit behindere. „Das einzige gelungene Integrationsprogramm ist das DeutschlandRadio.“

Vom Raumschiff zum Rummelplatz

Der Intendant eben dieses DeutschlandRadios, Ernst Elitz, beklagte in der Abschlussdiskussion „Vom Raumschiff Bonn zum Rummelplatz Berlin“ die zunehmende „Deprofessionalisierung“ des politischen Hauptstadtjournalismus. Respektlosigkeit, Unwissen und Flegelhaftigkeit gewinnen im Umgang von Politik und Medien zunehmend die Oberhand. Daran sei der

neue Standort Berlin nicht schuld, sondern der steigende Konkurrenzdruck. Dem pflichtete Herbert Riehl-Heyse von der Süddeutschen Zeitung bei.

**„Früher galt:
Journalisten wissen zehn
mal mehr als sie schreiben.
Heute gilt: sie schreiben zehn
mal mehr als sie wissen.“**

Herbert Riehl-Heyse

Am Beispiel des „Gekeife und Geräufe“ rund um den Parteispenden-Untersuchungsausschuss schilderte er eindrucksvoll die „dramatischen Änderungen in Berlin“. Tempo und Konkurrenzdruck steigen. Internet und Phoenix provozieren, dass „Vertrauliches im Stundentakt ausgeplaudert“ werde. „Früher galt: Journalisten wissen zehn mal mehr als sie schreiben. Heute gilt: sie schreiben zehn mal mehr als sie wissen.“ Auch Hannelore Steer, Hörfunkdirektorin beim Ostdeutschen Rundfunk Brandenburg (ORB) in Potsdam, stellte fest, dass immer mehr Gerüchte die politische Landschaft beherrschten. Tempo und Beschleunigung des Nachrichtenumsetzes beförderten dies. Statt Nachfragen und weiterer Recherche würde ein Hinweis aus dunkler Quelle von der Konkurrenz gleich gemeldet. In Berlin seien zudem mehr Medien und Journalisten ansässig als in Bonn. Walter J. Schütz, renommierter Zeitungsstatistiker, erklärt dies dadurch, dass die Auslandskorrespondenten Berlin immer schon als Hauptstadt angesehen hätten. „Jetzt sind die Bonner noch dazu gekommen.“ „Und sie passen ja auch alle rein“ (Elitz).

Steer beklagte die zunehmende Arroganz der Politiker und Riehl-Heyse ergänzte: „Das schlechte Benehmen von Politikern und Journalisten schaukelt sich gegenseitig hoch“. Und weiter: „Wir werden von Nachrichten überschüttet, die wir nicht mehr verdauen.“ Das Publikum sei „overinformed and underinformed“. „Mehr Aufklärung ist nötig. Nur gute Tageszeitungen sind dabei die letzte Klammer, die alles noch zusammenhalten.“ ■

Michael Schröder

(siehe auch Pressechau S. 25)

Online-kids in chatrooms

Die Generation @ im Internet

Von Sabine Jörk, Kommunikationswissenschaftlerin, München *

„Generation @“ beschreibt die Generation der unter 30 Jährigen, die in einer multimedialen Welt aufwächst und bereits mehr Medienerfahrung gesammelt hat und - ab dem Einstieg in das Berufsleben - über mehr mediales Expertenwissen verfügt als die Elterngeneration. Besonders die Kinder und Jugendlichen wachsen inmitten einer



Sabine Jörk: Verantwortung der Mütter für die Medienerziehung
Foto: ms

digitalen Welt auf, sie spielen und lernen mit dem Computer, entwickeln ein neues Lebenskonzept. Sie lernen, sich in einer reizüberfluteten Welt zurechtzufinden und wenden dabei ihre eigenen Strategien an. Der Hamburger Freizeitforscher Prof. Dr. Horst W. Opaschowski spricht von der „Konfetti-Generation“, die aufgrund der Vielfalt der Angebote viele Eindrücke und Informationen nur noch konfetti-artig nebeneinander aufnimmt. Dies bedeutet, Kinder beginnen ihr Leben zu „scannen“, alles Unwichtige auszublenden.

Das Leben und Lernen in der Übergangsphase von der Industriegesellschaft zur Informationsgesellschaft ist für diese Generation bereits Alltäglichkeit geworden; sie machen den Bildschirm zum „interaktiven Medium“ und die Welt „zum globalen Dorf“ (Opaschowski), indem sie selbst zum Akteur werden.

Heutzutage wachsen die Kinder in Haushalten mit relativ hohem Medi-

enstandard auf: 100 Prozent haben ein Radio, 99 Prozent einen Fernseher, 92 Prozent Video und Telefon, 89 Prozent eine Hifi - Stereoanlage, 72 Prozent einen CD - Player, 48 Prozent eine Videokamera, 47 Prozent einen Computer, 7 Prozent einen Laptop, 44 Prozent eine Spielekonsole, 20 Prozent ein Handy, 8 Prozent einen Internetanschluss und 4 Prozent Pay-TV.

Kinder verfügen in ihrem eigenen Zimmer über folgende elektronische Medien: 19 Prozent haben einen Fernseher, 45 Prozent ein Radio, 55 Prozent einen Radiorecorder, 36 Prozent einen CD-Player, 18 Prozent eine Spielekonsole, 31 Prozent einen Gameboy, 9 Prozent einen PC, 5 Prozent einen Videorecorder, 3 Prozent ein Telefon, 1 Prozent ein Handy und 1 Prozent einen Internetanschluss.

Laut der „Kids Verbraucheranalyse 2000“ haben ca. 20 Prozent der Kinder im Alter von 6-17 Jahren einen PC, bei den 14-17 Jährigen jeder zweite Junge und jedes dritte Mädchen.

Info global – total normal? Die Frage nach den gesellschaftspolitischen Wirkungen der gar nicht mehr so „neuen Medien“ stellte eine Akademietagung des Evangelischen Rundfunkdienstes in Bayern. Gemeinsam mit der Vorsitzenden des Evangelischen Frauenbundes und Medienrätha Anke Geiger versuchten die Teilnehmerinnen den Folgen des Einsatzes für Staat, Gesellschaft, Individuum, Politik und Demokratie auf den Grund zu gehen. Ein Schwerpunkt waren die Konsequenzen für Kinder und Jugendliche. Wir dokumentieren den Vortrag von Sabine Jörk in Auszügen.

In unserer Studie wurden 120 Kinder und 30 internet-erfahrene Elternteile befragt. In der Regel entscheiden sich die Eltern für den Internetzugang, ganz selten sind Kinder die treibenden Kräfte. Je sicherer sich die Eltern selbst im Netz fühlen, desto mehr fördern sie das Interesse der Kinder in dieser Richtung. Daher sind Internetanschlüsse überwiegend in Akademiker-Haushalten zu finden. Meist ist der Internet-PC ein Familien-PC, der allen zugänglich ist.

„In unserer Mediengesellschaft nimmt die Dominanz der Medien durch immer neue Technologieschübe zu. Um so mehr steigt die Verantwortung für die jüngsten Mitglieder unserer Gesellschaft, die dem expandierenden Medienbetrieb oft hilflos ausgeliefert sind“

(Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest, JIM 99/2000)

Die „BRAVO Faktor Jugend Studie 3“ ermittelte eine Computerdichte von 65 Prozent bei den 12-18 Jährigen.

Das Internet entwickelt sich bei den Kindern und Jugendlichen zum „High Interest“-Gebiet. Laut Jupiter Communications hat jeder 4. PC einen Online-Zugang, laut BRAVO jeder 4. Jugendliche einen Internetanschluss. Vernetzte Schulen, verbilligte Technik, günstigere Tarife machen Internet zum Alltagsmedium für Kinder und Jugendliche.

Die Internetkinder haben bereits erste Grundkenntnisse am PC erworben durch Spielen und Programmieren. Der Umgang mit dem PC ist bereits zur Selbstverständlichkeit geworden und sie haben keine Angst vor dem neuen Medium. Diese Kinder sind keine blassen, kontaktshyphen Stubenhocker, sondern Kinder mit vielfältigen Hobbys und Interessen.

Jüngere Kinder sind eher neugierige, ziellose Surfer, ältere suchen nach Informationen in Zusammenhang mit

dem Hobby. Je versierter die Kinder im Umgang mit dem Internet sind, desto mehr trauen sie sich, Informationen runterzuladen, zu drucken, E-mails zu verschicken oder zu chatten. Im Internet haben die Kinder das Gefühl, dass man „etwas selber machen kann“, der Ablauf einer Internetsitzung ist nicht vorprogrammiert, son-

Warten beim Aufbau einer Seite nicht abwarten und brechen somit auch aus Langeweile ab. Oft wissen sie auch gar nicht, wie sie in attraktive Angebote gelangen können, denn hier fehlt ihnen die Kompetenz und somit müssen sie sich in den von den Eltern angelegten Lesezeichen (bookmarks oder Favoriten) bewegen. Manche Eltern

Hilfe durch Erwachsene

Die heutigen Kinder und Jugendlichen versuchen, sich aktiv in dieser von Medien beherrschten Umwelt zurechtzufinden. Unbefangen versuchen sie Kenntnisse zu erlangen, um die neuen Medien effektiv nutzen zu können. Dabei sind sie auf die Hilfe von Erwachsenen, von Eltern, Erziehern und Pädagogen angewiesen, um in diesem Medienschlaf zu einem nicht zu verirren, zum anderen aber auch nicht zu verlieren. Leider sträuben sich noch viele Erwachsene, sich mit dem Medium Internet auseinanderzusetzen und begeben sich somit zum einen selbst ins Abseits, andererseits können sie aber auch nicht mögliche Gefahren, die das Internet birgt, richtig einschätzen. Sie werden daher gern Opfer von populistischen Meldungen und haben von der Realität keine Ahnung. Für Kinder ist es aber wichtig, gerade in der Medienerziehung einen kompetenten Partner zu haben, von dem man sich dann auch bereitwillig lenken lässt. Es ist sehr wichtig, dass insbesondere Mütter, die die meiste Freizeit mit den Kindern verbringen, sich hier nicht bequem aus der Verantwortung ziehen und auf ihr Hausfrauendasein berufen. Sie müssen versuchen, Grundkenntnisse zu erwerben, indem sie sich ein bisschen Zeit mit dem Medium nehmen und ausprobieren. Man muss nicht perfekt sein, um zu erkennen, welche Inhalte einen positiven und welche einen schädlichen Einfluss haben können. ■



Zeichnung: Tomaschoff

dern man kann sich aussuchen, was man anschauen will. Während sich im Fernsehen das Programm wiederholt, bietet das Internet ständig neue Informationen an. Kinder erleben das Internet als einen spannenden Versandhaus-Katalog, der alles anbietet, wenn man weiß, wie man es findet.

Fehlende Kompetenz

Zwar sind alle Kinder recht unbefangen im Umgang mit dem Medium, aber einen tatsächlichen Nutzen daraus ziehen können sie nur begrenzt. Entgegen den in manchen Medien verbreiteten populistischen Behauptungen von der angeblichen Kompetenz der Cyber-kids sieht die Realität etwas anders aus. Die Kinder befinden sich nämlich meist gar nicht so lang wie immer behauptet im Netz, sondern haben dafür begrenzt zur Verfügung gestellte Zeit, die von den meisten Eltern aus Kostengründen reglementiert wird. Zum andern sind Kinder ungeduldig, können das manchmal lange

kontrollieren das Surfverhalten, indem sie entweder daneben sitzen oder in der Verlaufsliste (history) nachschauen. Bereits die kleinen Mädchen schätzen vor allem den praktischen Nutzwert des Internets. Für sie ist es nur ein technisches Hilfsmittel für mehr Kontakte und aktive Unterhaltung. Daher nutzen Mädchen primär die kommunikativen Elemente: E-mail und Chats. Jungs suchen im Internet das Abenteuer, die Technik ist für sie eine weitere Herausforderung, in der sie ungeahnte Möglichkeiten wittern. Sie sind mutiger als die Mädchen, wenn es darum geht, Neues auszuprobieren.

* Sabine Jörk, M.A. freie wissenschaftliche Mitarbeiterin am Transferzentrum Publizistik und Kommunikation, München, s.joerk@t-online.de

Internetverweise:

- <http://www.br-online.de/kinder//indexh.html>
- <http://www.blinde-kuh.de/>
- www.superrtl.de
- www.funonline.de
- www.dasding.de
- www.die-maus.de

Dozenten besichtigen Thomas-Mann-Haus

Zu einem Besuch des Thomas-Mann-Hauses auf dem Gelände der Fernmeldeschule Feldafing hatte deren Kommandant, Brigadegeneral Helmut Hofmann, Direktor und Dozenten der benachbarten Tutzinger Akademie eingeladen. Oberstleutnant Hartmut Steinborn führte durch die von ihm konzipierte und betreute Ausstellung im ehemaligen Landsitz des Nobelpreisträgers. Dort entstanden in den frühen 20er Jahren wesentliche Kapitel des „Zauberbergs“. Neben vielen Dokumenten aus dem Leben und Schaffen dieses bedeutenden Schriftstellers weist die Ausstellung auch auf General Fellgiebel hin. Fellgiebel war der Begründer der modernen Nachrichtentruppen und stand im Kreis des 20. Juli 1944 im Widerstand gegen Hitler. Ein Ahnherr, auf den sich die Traditionspflege der Fernmeldetruppe in der Bundeswehr ohne Probleme berufen kann. ms



Besuch bei den Nachbarn: General Hofmann (Mitte), Offiziere der Fernmeldeschule Feldafing und die Gäste aus der Tutzinger Akademie.

Foto: BW

Selbsthilfe - Empowerment - Partizipation

Dreiunddreißig Frauen aus Asien, Afrika und Lateinamerika waren der Einladung der Akademie gefolgt, um unter dem Thema „Integration durch Partizipation - Ideen, Konzepte, Eigeninitiativen in Bayern“ sich mit Fragen ihrer Integration in die hiesige Gesellschaft zu befassen. Sie sind Mitglieder des Verbandes IN VIA KOFIZA, der in ganz Bayern mit 17 Selbsthilfegruppen arbeitet. Die Tagung war Teil des Projektes dieses Verbandes mit dem Titel „Selbsthilfe - Empowerment - Partizipation“, mit dem die Frauen aktiv ihre Integration befördern wollen. Das Programm der Tagung sah Gesprächskreise mit Landtagspolitikerinnen, mit Journalistinnen und mit Vertreterinnen von Bildungsträgern vor, in denen Perspektiven für die weitere Integrationsarbeit des Verbandes eröffnet wurden, die dann in Gruppenarbeit in praktische Schritte umgesetzt wurden. „Die Tagung hat uns ein ganzes Stück vorangeracht“, war der einhellige Tenor der Teilnehmerinnen.

Klaus Grosch



Foto: Peucker



Foto: Wrase

Akademie total vernetzt

Acht Kilometer Kabel sind während der Sommerpause im August 2000 in der Akademie verlegt worden, um alle Büros und Tagungsräume zu vernetzen und an die multimediale Welt des globalen Internets anzuschließen. Jetzt sind auch alle Dozenten per E-mail erreichbar. Spürbarer Vorteil für unsere Seminargäste: Der Computerraum hat jetzt insgesamt 12 Internet-fähige PCs, die für Tagungen zur Verfügung stehen. Immer mehr Programme beschäftigen sich mit den Möglichkeiten und Problemen des Internets. Ermöglicht wurde diese Investition u.a. durch großzügige Zuwendungen des Förderkreises und des Instituts für Journalistenausbildung und Kommunikationsforschung an der Universität Passau.

ms

Neue Aufgaben - neue Strukturen

Das neue NATO-Konzept und die Rolle der Bundeswehr im Bündnis

Im April 1999 hat sich die NATO ein neues strategisches Konzept gegeben, in dem Zweck und Aufgaben des Bündnisses, strategische Perspektiven sowie ein Sicherheitskonzept für das 21. Jahrhundert einschließlich Ansätzen zur Konfliktverhütung und Krisenbewältigung dargelegt sind. Spätestens seit dem Kosovo-Einsatz sind die Diskussionen darüber, wo, unter welchen Voraussetzungen und vor allem mit welchem Mandat Einsätze erfolgen dürfen und sollen, wieder aufgeflammt. Die Frage der Form zukünftiger Konflikte, die daraus resultierenden Schlussfolgerungen über Aufgaben, Struktur und Umfang für das Bündnis - unter besonderer Berücksichtigung Deutschlands und der Bundeswehr - wurden in der Tagung „Konfliktbewältigung - aber wie?“ in der Akademie von Experten der Außen- und Sicherheitspolitik, Vertretern der Bundeswehr und Trägern der politischen Bildung diskutiert.

„Die NATO hätte sich eigentlich auflösen müssen!“ Frank Umbach von der Deutschen Gesellschaft für auswärtige Politik eröffnete mit dieser Feststellung die Debatte. In der Geschichte hätten sich traditionelle Militärbündnisse stets aufgelöst, nachdem die gemeinsame Bedrohung der Bündnispartner verschwand. Die NATO sei jedoch, so Umbach, immer schon



Frank Umbach: Die NATO wird auch in Zukunft gebraucht

Fotos: Goll

mehr als nur eine Versicherung gegen die Bedrohung aus dem Osten gewesen. Genannt seien hier die Stichworte Wertegemeinschaft und institutioneller Anker für die Einbindung der USA in Europa.

Wo sieht man heute die neuen Bedrohungen und Sicherheitsrisiken, die ein Fortbestehen des Bündnisses rechtfertigen und als erforderlich erscheinen lassen?

Umbach nannte hier die Instabilitäten, die sich aus den politischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Transformationsprozessen in Mittel- und Osteuropa ergeben könnten, eine sich weiter desintegrierende und zerfallende Russische Föderation, zahlreiche ethnische Konflikte (die wie im früheren Jugoslawien ausbrechen könnten), eskalierende Konflikte in der Dritten Welt, die Proliferation von ABC-Waffen, transnationale soziale Probleme (AIDS, Umweltzerstörung, Kriminalität) und nicht zuletzt den internationalen Terrorismus als neue und alte Herausforderungen.

Kooperation, Stabilitättransfer und Krisenbewältigung würden also zu wesentlichen Aufgaben der Allianz, auch wenn sie weiterhin zur kollektiven Verteidigung fähig bleiben müsse. Daraus resultiere die Notwendigkeit eines veränderten Planungs- und Entscheidungsmechanismus, zumal Krisen nur schwer voraussagbar seien. Um dem breiten Spektrum neuer Aufgaben gerecht werden zu können, müsse man auch die Strukturen flexibilisieren. Das zukünftige transatlantische Verhältnis werde wesentlich

von der Herausbildung strategischer Handlungsfähigkeit Europas abhängen - die traditionelle Bereitschaft, sich für die Sicherheit in und für Europa zu engagieren, zunehmend kritischer hinterfragt. Zu den inneren Reformen der NATO gehörten deshalb eine neue Kommandostruktur einschließlich des Konzepts der Alliierten Streitkräftekommandos (CJTF), die Schaffung von Vorkehrungen, die die rasche Dislozierung von Streitkräften für das gesamte Spektrum von Bündniaufgaben erlaubten sowie der Aufbau der europäischen Sicherheits- und Verteidigungsfähigkeit (ESVI) innerhalb des Bündnisses.



Ottfried Nassauer: Festlegung von Kriterien für den Streitkräfte-einsatz gefordert

Ottfried Nassauer vom Berliner Informationszentrum für transatlantische Sicherheit gab Einblicke in die Erkenntnisse der Konflikt- und Friedensforschung. So müsse man sich nicht vorrangig mit der Frage der Vermeidung von Krisen und Konflikten beschäftigen, sondern vielmehr darüber Gedanken machen, wie man verhindern kann, dass Konflikte und Krisen gewalttätig ausgetragen werden. Frieden sei demnach kein Zustand - sondern ein Prozess der kontinuierlichen Bemühungen vom jeweils gegebenen Ausgangspunkt her, kriegsfördernde Faktoren zu minimieren.

Diese Faktoren seien 1. Gewalt, 2. Unfreiheit und 3. Ungerechtigkeit (und Not).

Er forderte eine Verständigung auf bundesrepublikanischer (alternativ: auf europäischer) Ebene, in der klare Kriterien für einen Streitkräfteeinsatz festgelegt werden und stellte seinen Katalog zur Diskussion:

Kriterien für eine militärische Intervention

1. Die Mittel nichtmilitärischer Krisen- und Konfliktbewältigung hatten nicht nur Vorrang, sondern sind auch ausgeschöpft.
2. Der Einsatz muss in Übereinstimmung mit der Charta der Vereinten Nationen, dem Völkerrecht und der Verpflichtung zum Schutz der Menschenrechte stehen.
3. Er bedarf deswegen eines Mandats durch die Vereinten Nationen und
4. eines völlig eindeutig definierten Ziels.
5. Er muss nach geographischem Raum und Umfang begrenzt, zeitlich überschaubar sein.
6. Ein klares politisches Konzept für die Bedingungen einer Beendigung des Einsatzes existiert ebenso wie eine Exit-Strategie.
7. Starke innenpolitische Unterstützung ist gegeben, sowie eine 2/3-Mehrheit des Parlaments.
8. Der Einsatz muss multinational durchgeführt werden.
9. Er muss dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit der Mittel entsprechen.

Europas militärische Ambitionen: Spaltpilz für die atlantische Allianz?

Inwieweit die europäischen Bemühungen um eine eigenständige Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) [Aufbau politisch militärischer Gremien im EU-Rahmen; Headline goal: 50-60.000 Mann-Truppe] ein „Spaltpilz für die NATO“ sind, untersuchte Dr. Peter Schmidt von der Stiftung Wissenschaft und Politik: „Perfekt wäre es für Amerika, wenn

die Europäer ihre Verteidigungsanstrengungen im Rahmen der NATO verbessert hätten und Amerika sich geringer militärisch engagieren müsste.“ Existentielle Voraussetzungen dafür, dass die ESVP nicht zu besagtem „Spaltpilz“ für die Allianz würden, seien zum einen: keine „independence on the cheap“-Strategie zu betreiben - zum anderen dürfe die NATO nicht zum „Café de commerce“ werden. Elemente dafür seien mit den geplanten Konsultationsmechanismen zwischen EU und NATO sowie der Verknüpfung der Planungsmechanismen geschaffen.

Dr. John Clarke vom George-Marshall-Center (Pentagon-Mitarbeiter, Kommandeur, Kompaniechef in Korea), der die nationalen Interessen der USA erläuterte, wies auf US-Verteidigungsausgaben von fast 300 Milliarden Dollar im letzten Jahr hin, die sich im Gegensatz zu denen der europäischen Verbündeten seit 1992 versechsacht haben. In den USA rufe dies Unmut hervor - trotz nach wie vor vorhandener gemeinsamer Interessen kämen Widersprüche in den Interessenlagen der Sicherheitspolitik mehr und mehr zum Vorschein. Clarke machte in diesem Zusammenhang deutlich, dass US-Amerikaner die Artikulation nationaler Interessen in den europäischen Staaten als unzureichend empfinden.

„Der Umkreis, innerhalb dessen sich deutsches außenpolitisches Denken vollzieht, ist grundsätzlich zu Fuß zu erreichen.“ Mit diesem Ausspruch beklagte kein Geringerer als der ehemalige Beigeordnete des Generalsekretärs der Vereinten Nationen, General a. D. Manfred Eisele, mangelndes außenpolitisches Engagement. Wenn im Grundgesetz stünde, dass das deutsche Volk von dem Willen besetzt sei, dem Frieden in der Welt zu dienen, so habe man die entsprechenden Konsequenzen zu ziehen. Folglich müsse Deutschland seine Sicherheit anders definieren: Landesverteidigung sei im Falle Deutschlands, weil wir ein typischer Binnenstaat (nicht mehr Frontstaat) geworden seien, immer Bündnisverteidigung. Es sei überhaupt nicht vorstellbar, dass einer unserer Nachbarn uns bedrohen sollte.

Dies bedeute weiterhin, dass wir deutsche Streitkräfte als ein Element deutscher Bündnisfähigkeit betrachten müssten. Dazu gehöre es wiederum, in der Lage zu sein, die Anforderungen, die aus dem Bereich der Sicherheitspolitik an das Bündnis gestellt werden, zu erfüllen.

In der Kommission „Gemeinsame Sicherheit und Zukunft der Bundeswehr“, deren Mitglied Eisele war, habe er sich für eine gesellschaftlich tragfähige Wehrform eingesetzt. Seine Forderung diesbezüglich, bestand in der Erhaltung der derzeitigen Wehr-



Manfred Eisele: Zu geringes außenpolitisches Engagement der Deutschen beklagt.

pflichtlänge von 10 Monaten. Eine technologisch moderne Ausrüstung sei, insbesondere im Hinblick auf die Bündnisfähigkeit, unverzichtbar. Eisele schloss mit der Aufzählung dreier Punkte, die in genannter Kommission formuliert worden waren:

- Wer als Wehrpflichtiger diene, dürfe nicht mehr mit Wehrsold „abgespeist“, sondern müsse wie ein Freiwilliger bezahlt werden (d. h. Eingangsbesoldungsgruppe für freiwillige Soldaten der Bundeswehr A5).
- Die Forderung nach einem Programmgesetz, welches die Planungssicherheit der Bundeswehr für absehbare Zeiträume sichern soll (Unabhängigkeit von der jeweiligen politischen Wetterlage für Beschaffungsvorhaben).
- Die Empfehlung der Kommission, mit der Reform alsbald zu beginnen.

■ Karsten Goll

Vernunftgeleitet, nachdenklich, prinzipientreu ...

Manfred Hättich zum 75. Geburtstag

Betrachtet man den Umfang und die Erlesenheit der Gästelisten, so liegt es nahe, Manfred Hättich das Prädikat „Publikumsmagnet“ zu verleihen. Über 80 Gratulanten aus Politik, Wissenschaft und Gesellschaft versammelten sich am 25. Oktober zur Geburtstagsfeier in der Akademie für Politische Bildung Tutzing, um dem Jubilar die besten Wünsche zu übermitteln. Auf ein dreiviertel Jahrhundert bewegter persönlicher Geschichte kann Professor Hättich, Direktor der Akademie von 1970 bis 1993, inzwischen zurückblicken.

Hättich, geboren am 12. Oktober 1925, zählt zu der Generation, die im Nationalsozialismus aufwuchs und nachhaltig durch Krieg und Gefangenschaft geprägt wurde. Sein Wirken – politikwissenschaftlich wie politikbildend – ist folglich vor allem Reflex auf diese Erfahrungen und durchdrungen von der Beschäftigung mit der Demokratie, ihren Problemen und ihrer theoretischen Vermessung. Seine Typologisierung der Herrschaftssysteme aus den sechziger Jahren zählt nach wie vor zum Grundwissen jedes Studenten der Po-

lizikwissenschaft und ist – wie sein Amtsnachfolger Prof. Heinrich Oberreuter bemerkte – von solcher Langlebigkeit, dass damit auch die Transformationsprozesse im Ost- und Mitteleuropa der neunziger Jahre analysiert werden können. Die tiefen Nachdenklichkeit, die Fähigkeit, bis zum „Kern des Kerns“ eines Problems vor-

zudringen, seien es denn auch, was Hättich auszeichne, charakterisierte Oberreuter seinen Vorgänger. Daneben stünden die kompromisslose Orientierung an der Rationalität, die aus ihm einen nüchtern-skeptischen Menschen gemacht habe, sowie die Fähigkeit, sich nicht vereinnahmen zu lassen. Gerade Letzteres sei heutzutage nicht mehr so oft anzutreffen.

Prof. Hans Maier, Vorsitzender des Kuratoriums der Akademie, legte mit seinem Vortrag „Zur neueren Geschichte des Demokratiebegriffs“ die Basis für das abschließende Round-



Manfred Hättich: Überdehnung des Demokratiebegriffs?

Fotos: Schröder

Im anschließenden Diskurs thematisierte Hättich die Wechselwirkungen zwischen dem Begriff und der theoretischen Dimension einerseits sowie den realen Ausformungen der Demokratie andererseits. Die von ihm aufgeworfene Frage, ob „die Ordnungsformen, die wir demokratisch nennen, für alle Ewigkeit die Garanten für die Gewähr der Freiheit“ seien, wird sicherlich so schnell nicht an Aktualität einbüßen. Ebenso gab sein Verdacht, die Aus- und Überdehnung des Demokratiebegriffs führe zwangsläufig in die Beliebigkeit, den Diskutanten zu denken. ■

Manfred Schwarzmeier



Angeregter Diskurs über Demokratie und politische Bildung:
v.l.: Heinrich Oberreuter, Manfred Hättich, Hans Maier

litikwissenschaft und ist – wie sein Amtsnachfolger Prof. Heinrich Oberreuter bemerkte – von solcher Langlebigkeit, dass damit auch die Transformationsprozesse im Ost- und Mitteleuropa der neunziger Jahre analysiert werden können. Die tiefen Nachdenklichkeit, die Fähigkeit, bis zum „Kern des Kerns“ eines Problems vor-

table-Gespräch. „Demokratie“ als Wort der Gelehrten sprache, „Demokratie“ als Bestandteil konkreter Verfassungen sowie die Popularisierung des Begriffes im Zuge der Französischen Revolution bildeten neben der deutschen Rezeptionsgeschichte die zentralen Abschnitte seiner facettenreichen Betrachtung.

Auswahlbibliographie:

- Begriff und Formen der Demokratie. Mainz 1966
- Weltfrieden durch Friedfertigkeit. München 1983
- Zornige Bürger. München 1984
- Freiheit als Ordnung. München 1988
- Politische Bildung in der Demokratie. Melle 1990
- Deutschland: eine zu späte Nation. Mainz 1990

Inspirator mit überraschenden Ideen

Otto B. Roegele zum 80. Geburtstag



Die Akademie ist Otto B. Roegele dankbar für die vielfältigen Impulse, die er als Mitglied des Kuratoriums von 1967 bis 1997 gab.

Fotos: Rh. Merkur

Mit einer stilvollen, von prominenten Gästen besuchten Feier feierte in Bonn der Rheinische Merkur seinen früheren Chefredakteur und auch heute noch federführenden Herausgeber Otto B. Roegele zu dessen 80. Geburtstag. In den Redaktionskonferenzen, an denen er regelmäßig teilnimmt, ist er, so war zu hören, immer noch der Inspirator mit den überraschendsten und unkonventionellsten Ideen.

Das wundert niemanden, der ihn seit Studienzeiten kennt und später vielfach mit ihm zusammenarbeitet hat. Hinter Roegeles präzisen Wortmeldungen stand immer eine Idee, hinter seinen publizistischen und wissenschaftlichen Beiträgen erst recht. So fügt es sich gut, dass Schüler und Kollegen, die ihm aus seiner Münchner Ordinarienzeit als Inhaber des Lehrstuhls für Kommunikationswissenschaft (Zeitungswissenschaft) verbunden sind, ihm eine besondere Festchrift gewidmet haben, die nicht

artige Kollegenaufsätze sammelt, sondern verstreute Beiträge des Jubilars zu Journalismus, Medien und Kommunikation: ein, so der Buchtitel, „Plädoyer für publizistische Verantwortung“ (erschienen bei UVK Medien Verlagsgesellschaft Konstanz).

Die Akademie schließt sich allen Gratulanten an, dankbar für die vielfältigen Impulse, die sie von ihrem langjährigen Kurator und Vorsitzenden des Richtlinienausschusses erfahren hat (vgl. Akademie Report 4/1997, S.25). ■

Heinrich Oberreuter

„Die Regengötter lieben das Sommerfest“

Der Kuratoriumsvorsitzende Hans Maier brachte es auf den Punkt: „Die Regengötter lieben unser Sommerfest!“ Denn zum wiederholten Male mußte das traditionelle Gartenfest der Akademie mehr oder weniger in die Säle verlegt werden, weil Regen und unsommerliche Temperaturen einen längeren Aufenthalt im Freien unmöglich machten. So blieben die in tagelanger Arbeit aufgestellten Tische und Bänke im Freien meist leer. Daran konnten auch die Zeltdächer der Gartenpavillons nicht viel ändern. Die zahlreichen Gäste ließen sich die Köstlichkeiten von Grill und Buffet trotzdem schmecken. Freunde und Mitarbeiter der Akademie konnten in ungezwungener Atmosphäre feiern und einmal Dinge jenseits der Tagungsarbeit besprechen. ■ ms



Festgäste in der Regenpause: v.l.: Dr. Friedemann Greiner (Direktor der Evangelischen Akademie, Tutzing), Monika Oberreuter, Georgii Kosykh (Generalkonsul der Ukraine), Begleitung, Reinhold Bocklet (Bayer. Staatsminister f. Bundes- u. Europaangelegenheiten), Dr. Ivan Simek (Generalkonsul der Republik Kroatien), Frantisek Zemanovic (Generalkonsul der Slowakischen Republik), dahinter v.l.: Akademiedirektor Prof. Dr. Heinrich Oberreuter, Jan Zaadhof (Generalkonsul der Niederlande), Dr. Michail Logwinov (Generalkonsul der Russischen Föderation), Peter Lederer (1. Bürgermeister von Tutzing)

Über den „Passauer Tetralog“ schrieb das STRAUBINGER TAGBLATT am 24. Juli 2000:

Vergangenheit konsequent aufarbeiten

... Der Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen, Joachim Gauck, sagte in Passau, dass es „mit der Erinnerung gar nicht so einfach ist“. Jeder einzelne Mensch, der in einem Unrechtsregime gelebt habe, müsse sich letztlich die Frage stellen, ob er nicht in einem Akt persönlicher Zivilcourage zumindest in kleinen Schritten im Alltag hätte Widerstand leisten können. Gauck sprach sich für eine konsequente Aufarbeitung der Vergangenheit aus: Um den „Preis des Schmerzes“ müsse offen das Gelingen wie das Versagen in der Geschichte angesprochen

werden. Dies, so Gauck, falle den meisten Menschen schwer, nicht nur in Deutschland. Das Verdrängen von Schuld und Versagen sei weltweit überall dort anzutreffen, wo Menschen entrechtet und unterdrückt wurden. ...
... Primor zeichnete den schwierigen Umgang mit Schuld und Leid am Beispiel der Entwicklung der deutsch-israelischen Beziehungen nach. In den ersten Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg, so Primor, wollte sein Land „von Deutschland gar nichts wissen“. Der Grund: Berichte, die die Menschen in Israel aus dem Nachkriegs-

deutschland erreichten, besagten, dass die Deutschen die Schrecken des Holocaust verdrängten. Erst das Wiedergutmachungsabkommen zwischen beiden Staaten aus dem Jahr 1952 und die daraus resultierenden wirtschaftlichen Verbindungen, hätten neues Vertrauen zwischen beiden Ländern geschaffen. Ausdrücklich würdigte Primor die Rolle der protestierenden Studenten im Jahr 1968 für die Aufarbeitung der jüngeren deutschen Geschichte. Die jungen Menschen hätten mit kritischen Anfragen an die ältere Generation das Bewusstsein für die Verantwortung für das Naziregime geschrägt. Heute, so bescheinigte der israelische Botschafter der Bundesrepublik, sei Deutschland eine Demokratie, die sich mit ihrer Geschichte auseinandergesetzt habe. ...

Über die gleiche Veranstaltung Roman Pletter in der „PASSAUER NEUEN PRESSE“ vom 18. Juli 2000:

In der Erinnerung liegt die Erlösung

... Außer Gauck und Primor waren noch zwei weitere Intellektuelle an der Diskussion beteiligt: Aus Polen der Strafrechtler und Generaldirektor der Hauptkommission zur Untersuchung der Verbrechen gegen das Polnische Volk, Prof. Dr. Witold Kulesza und der Politologe Dr. Michel Cullin, der nach seiner universitären Laufbahn im diplomatischen Dienst als Kulturattaché der französischen Botschaft in Berlin diente und nun das Amt des stellvertretenden Generalsekretärs des Deutsch-französischen Jugendwerks bekleidet. Kulesza lenkt den Blick auf das Verhalten von Juristen in Diktaturen und Unrechtsregimes respektive im Nationalsozialismus und dem Sowjet-Kommunismus. Er habe beobachtet, dass die Juristen in diesen Systemen der Ideologie gedient, die Ideologie zur Grundlage der Rechtsauslegung erklärt haben, sich nun aber als Opfer fühlten. Die Ideologien haben Menschen geschaffen, welche nun nicht in der Lage seien, ihre Strafsta-

ten einzuschätzen, sich gar als Beschützer des Rechts verstanden wissen wollen. Unter Bezugnahme auf die Gauckbehörde fordert er eine ähnliche Einrichtung in seinem Land, damit auch dort die Vergangenheit aufgearbeitet werde, als „Standbein für den Rechtsstaat.“

Cullin hatte ein für Frankreich und noch immer nicht restlos diskutiertes Thema in den Mittelpunkt seiner Ausführungen gestellt: Resistance und Collaboration während der Besetzung durch deutsche Truppen. Oberreuter deutete den Konflikt schon an, als er dem Franzosen das Wort übergab mit dem Hinweis, Charles de Gaulles habe den Franzosen beigebracht, eine Nation der Resistance zu sein. Cullin weist darauf hin, dass die Ideale, für die viele Menschen in der Resistance gekämpft hätten, insofern nicht vergessen seien, als sie Fundamente des Französischen National- und Sozialstaates geworden seien. Jedoch: „In Frankreich gab es

immer wieder große Schwierigkeiten und Defizite mit der Erinnerung.“ Die Erinnerung an die Resistance habe das Schweigen der Täter legitimiert. ...

... Nun gab es im Laufe der knapp zweistündigen Diskussion – man würde sich diese des öfteren auch im politischen Alltag wünschen – viele kluge Sätze und Erkenntnisse, die sich als Schlusswort eignen würden, aber zwei, die den Geist der Diskussion besonders trafen.

Gauck fasste in Worte, warum wir uns erinnern sollten: Weil uns Erinnerung an die alten Zeiten binde und wir diese Last nur um den Preis des Schmerzes verarbeiten könnten. „Sinn ist, einem alten Lebensmuster, das uns kaputt macht, ein neues hinzuzufügen.“ Primor: „In der Erinnerung befindet sich die Erlösung.“ Und da bedarf es nicht immer der dreitausend Jahre, manchmal reichen auch ein paar weniger. Aber der Kreis schließt sich: „Zukunft braucht Erinnerung.“

(siehe auch S. 7 - 8)

Nike Sauerwald in der Starnberger SÜDDEUTSCHEN ZEITUNG vom 23./24. September 2000 über den deutsch-türkischen Satireabend mit dem Autor Osman Engin:

„Dütschlünd übür üllüs“

... Engin wurde 1960 in Izmir geboren und kam mit 13 Jahren nach Deutschland. Bekannt wurde der in Bremen lebende Autor durch seine Kurzgeschichten, die in der Berliner *taz*, der *Titanic* und im *Bremer* veröffentlicht wurden. Im „Kanaken-Gandhi“ kämpft Osman E., Engins alter Ego, einen schier aussichtslosen Kampf mit der deutschen Bürokratie. Seit 30 Jahren lebt der Held des Romans in Deutschland und soll nun plötzlich innerhalb von acht Tagen mit Kind und Kegel in die Türkei übersiedeln. Sein Asylantrag ist abgelehnt, obwohl der verzweifelte Osman gar keinen Antrag auf Asyl gestellt hat. Ein witziger Parforceritt durch die Institutionen mit ausgefeilter psychologischer Kriegsführung von beiden Seiten beginnt. Die Beamte Frau Kotzmeyer-Göbelsberg(!) weiß alles über Osman, da hilft es auch nichts, wenn Osmans Frau sich zu einem Bauchtanz aufruft, sie sollen dahin gehen, wo der Pfeffer wächst, da bleibt Osman nur noch die Frage, wo das

denn sei. Das ist saukomisch, aber auch bitterböse. Engin nimmt sein Thema mit Tiefgang auf die leichte Schulter, seine sympathische und witzige Vortragsweise tut ein Übriges, um das Publikum zum Lachen zu bringen. „Die jungen Türken lachen sich kaputt“, sagt Engin schmunzelnd, „die Deutschen können nicht so gut lachen, die sind irgendwie auch immer betroffen“. Kein Wunder, denn Engins Geschichten bewegen sich auch immer am Rand des Erträglichen. „Ich habe vor kurzem meinen deutschen Pass gekriegt, ich habe keine Probleme mit meiner deutschen Vergangenheit und auch keine Schwierigkeiten mit Ausländern“. Kommentiert wird dieser Satz mit einer Lachsalve, das Publikum amüsiert sich königlich, Signal dafür, wie einfach es sein könnte, zwischen den Deutschen und den Türken. „Dütschlünd, Dütschlünd übür üllüs“, meint Osman Engin und katapultiert uns hautnah in die Niederungen der deutsch-türkischen Beziehungen.

(siehe auch S. 4 - 6)

Tölzer SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 2./3. Oktober 2000 über die Tagung *Schlussstrich – Sinn oder Widersinn?*:

Schabowski klagt an

... Kurz vor dem zehnten Jahrestag der deutschen Wiedervereinigung veranstaltete die Tutzinger Akademie für Politische Bildung gestern eine Podiumsdiskussion. Unter den Teilnehmern: Günter Schabowski. Der ehemalige Partei-Funktionär betonte immer wieder seinen Gesinnungswandel: „Nach der Einsicht meiner Schuld, die aus tiefster Überzeugung kommt, sehe ich mich verpflichtet, vor der Verführbarkeit der marxistisch-leninistischen Ideologie zu warnen“, sagte Schabowski, der nach seiner Begnadigung erst seit heute wieder auf freiem Fuß ist. Die Rolle der PDS in Deutschland bezeichnete er als bedenklich: „Der Kern der Partei hält noch immer an marxistisch-leninistischen Projektionen fest.“ Der deutschen Bevölkerung warf er vor, sich nur unzureichend mit ihrer Vergangenheit befasst zu haben. Deshalb lehne er einen generellen Schlussstrich ab und plädiere für Aufklärung. (siehe auch S. 9-11)

Michael Langer in MITTELBAYERISCHE ZEITUNG vom 13. Oktober 2000 über das Akademiegespräch im Bayerischen Landtag:

Ausländerintegration in Deutschland

... Marieluise Beck wünscht sich eine breit angelegte, öffentlich geführte, aber sachliche Auseinandersetzung über die künftige Einwanderungspolitik. An die Adresse der Union appelliert sie, nicht der Versuchung nachzugeben, dies zu einem Wahlkampfthema zu machen. Schließlich denke selbst die Union über ein Einwanderungsgesetz nach. Allerdings werde in der aktuellen Debatte der nationale Gestaltungsspielraum überschätzt.

Die Grünen-Politikerin wünscht sich „ein Stück mehr Realitätssinn“. Die Frage, wie viele Ausländer eine Gesellschaft aufnehmen kann, hänge von der mentalen Verfassung ab. Die zentralen Kriterien für Integration sind für sie die Anerkennung der Werte des Grundgesetzes und Kenntnisse der deutschen Sprache. Bewusst spricht sie nicht von „multikultureller Gesellschaft“, sondern von „gesellschaftlicher Pluralität“. Eine „Leitkultur“, wie

sie auch bei der Diskussion im Landtag von CSU-Seite gefordert wurde, lässt die Bundesbeauftragte nicht gelten: Für sie ist entscheidend, „dass man sich in einer republikanischen Gesellschaft auf die Grundwerte der Verfassung verständigt – alles andere ist Privatsache“.

(siehe auch S. 3)

Claus Morhart in epd medien Nr. 76 vom 23. September 2000:

Im Schilderwald Deutsch-deutsche Medienprobleme

Ein wichtiges Fußballspiel ihrer Mannschaft führte vor drei Jahren Journalisten aus Hannover nach Cottbus. Hinterher war in der Zeitung zu lesen, Cottbus liege so weit im Osten, „dass die Straßenschilder auch polnisch gehalten sind“. Tatsächlich aber waren es sorbische Worte, war es also die Sprache der einheimischen Minderheit – Pech gehabt, ihr West-Besucher.

Sandra Dassler, preisgekrönte Chefreporterin der „Lausitzer Rundschau“, erzählt diese Geschichte als Beleg dafür, dass die deutschen Journalisten West und die deutschen Journalisten Ost noch immer wenig voneinander wüssten: „Die Gräben sind genauso tief wie vor zehn Jahren“, sagte sie bei der Tagung „Deutschland – einig Medienland?“, zu der die Akademie für Politische Bildung Tutzing am 15. und 16. September zusammen mit dem Münchner Arbeitskreis öffentlicher Rundfunk (MAR) eingeladen hatte. „Die Medien haben es nicht geschafft und auch gar nicht versucht, zur Integration beizutragen“, meinte Sandra Dassler, die derzeit persönlich das Gegenteil von Integration erfährt: Sie soll ihren Arbeitsplatz bei dem Cottbusser Blatt „tendenzbedingt“ verlieren.

Sind die Menschen näher beieinander als die Medien?

„Die Neugier aufeinander ist weg“: Ziemlich trübe liest sich all das und lässt gar nicht erkennen, dass Sandra Dassler – ostdeutsche Biografie – vom Typ her keine Jammersuse ist, sondern eine lebhafte und vorwärts blickende Frau. Mit ihrem kummervollen Blick auf den Zustand der Medien kurz vor dem zehnten Jahrestag der Wiedervereinigung stand Sandra Dassler in Tutzing nicht allein. Von „uneinig Medienland“ sprach etwa der hannoversche

Medienwissenschaftler Dieter Stürzebecher: „Die Zeitungen konservieren zwei deutsche Mentalitäten.“ Und sein Eichstätter Kollege Walter Hömberg sah „kein einig Medienland“ auch deshalb, weil Ost- und Westdeutsche die Medien unterschiedlich nutzten.

Wobei man manchmal den Eindruck hatte, dass die Menschen schon näher beieinander sind als die Medien. „In Berlin interessiert nicht mehr, in welchem Teil Deutschlands du geboren bist“, sagte ORB-Hörfunkdirektorin Hannelore Steer über die Leute, die fürs Radio arbeiten. Auch Sandra Dassler meinte: „Auf persönlicher Ebene ist das Verständnis besser geworden.“ Also sind deutsch-deutsche Klüfte mal wieder nur ein Medienproblem? Sicher nicht ausschließlich, doch ganz sicher eines.

Zu eigentlich hat sich beispielsweise die ostdeutsche Presse nach der Wende entwickelt. Weil die Treuhandanstalt die alten SED-Blätter „nur unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten“ (Stürzebecher) privatisiert hat, kamen die Zeitungen in die Hand starker westdeutscher Verlage und überlebten bestens. Sie haben inzwischen, wenn auch bei teilweise deutlichen Auflagenverlusten, einen Marktanteil von 94 Prozent (Hömberg) und sind vielerorts wieder das, was sie schon vor 1989 waren: Monopolblätter. Die 80 neu gegründeten Zeitungen der Wendezeit mussten angesichts dieser Übermacht fast alle aufgeben. Die Pressekonzentration in den neuen Bundesländern sei „wesentlich höher“ als im Westen, sagte Hömberg. ...

Matthias Gierth in RHEINISCHER MERKUR vom 22. September 2000:

Jubeln mit der Politgarde Deutschland – einig Medienland? Von wegen! Die Gräben bestehen weiter

... Die Statistiken zeigen: Rund drei Fünftel aller DDR-Journalisten behielten nach 1990 zunächst ihre Anstellung. Häufig wurden die Redakteure nicht einmal auf Stasitätigkeiten überprüft. Zu den sicher paradoxesten Wendephänomenen gehört, dass ausgerechnet bei den von westdeutschen Verlagen aufgekauften ehemaligen SED-Bezirkszeitungen die Kontinuität zur DDR-Zeit am größten war. „Mit welchem Personal hätte man denn neu anfangen sollen?“, fragt Stürzebecher. Die Problematik trifft das auf den Kopf: Importierte Journalisten aus dem Westen hatten keine Kenntnisse über das Leben in der DDR. Was aber nützte einer Zeitung ein neuer Lokalchef aus Köln, der sich bei Recherchen

in Weimar pausenlos verfuhr? ...

... Blickt man heute auf die Presselandschaft im Osten, zeigt sich ein differenziertes Bild. Von 39 DDR-Tageszeitungen mit einer Gesamtauflage von 9,7 Millionen Exemplaren sind 34 Verlage übrig geblieben. Aber nur ein Drittel der Ost-Bundesbürger kann in seiner Stadt zwischen zwei Tageszeitungen wählen. Der Kampf am Kiosk ist Monopolblättern wie der „Sächsischen Zeitung“ oder der „Freien Presse“ fremd. Trotzdem greifen Auflagenverluste um sich, interesserweise weniger in Städten, in denen Konkurrenzprodukte Qualität erfordern. ...

(siehe auch S. 13 - 15)

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

Januar

- 02-1*** 8. – 11. 1. **Die Zukunft von Umwelt und Landwirtschaft**
In Kooperation mit der Vereinigung der landwirtschaftlichen Auslandspraktikanten
Leitung: Willenborg
Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50
- 02-4** 12. – 14. 1. **Kleiner, feiner, weiblicher?**
Bundeswehr im Wandel (1990-2010)
Leitung: Maruhn
Sekretariat: Nadja Riewendt Tel. 08158/256-53
- 03-1** 19. – 21. 1. **Amazonie mit Homepage**
Künstlerinnen zwischen Tradition und Internet
Leitung: Maruhn / Schröder
Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46
- 04-1*** 22. – 26. 1. **Der Kommunismus in seiner Epoche**
Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen
Leitung: Weber / Münchenbach
Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50
- 04-2** 22. – 26. 1. **Politik kritisch hinterfragt**
Interviewtraining für Journalisten
In Kooperation mit dem Institut für Journalistenausbildung und Kommunikationsforschung an der Universität Passau
Leitung: Schröder
Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46
- 05-1** 28. 1. – 3. 2. **Politik erfahren und gestalten!**
Simulation Internationaler Organisationen
Leitung: Piazolo
Sekretariat: Nadja Riewendt Tel. 08158/256-53

E-Mail-Adressen der Sekretariate:

H.Baeuerle@apb-tutzing.de N.Riewendt@apb-tutzing.de
R.Heinz@apb-tutzing.de K.Sittkus@apb-tutzing.de

Die Akademie im Internet: www.apb-tutzing.de

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

Februar

- 06-1*** 5. – 9. 2. **Größer, stärker, stabiler?**
Die Erweiterung der Europäischen Union
Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen
Leitung: Piazolo
Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50
- 06-2** 6. – 8. 2. **Ethik im Konflikt – Hintergründe für die Soziale Arbeit**
In Kooperation mit dem Deutschen Berufsverband
für Sozialarbeit, Sozialpädagogik und Heilpädagogik e.V.
Leitung: Grosch
Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50
- 06-3*** 9. – 11. 2. **Emotions and American History**
In Kooperation mit der Deutschen Gesellschaft für Amerikastudien
Leitung: Grosch / Schumacher
Sekretariat: Nadja Riewendt Tel. 08158/256-53
- 06-4** 7. 2. **Akademiegespräch im Bayerischen Landtag**
Leitung: Oberreuter
Sekretariat: Karin Sittkus Tel. 08158/256-49
- 07-3** 16. – 18. 2. **Diktaturvergleich**
Leitung: Oberreuter
Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46
- 07-5*** 14. – 16. 2. **Wirtschaft und Verbraucherverhalten im Wandel**
In Kooperation mit dem Deutschen Hausfrauenbund Bayern
Leitung: Willenborg
Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

E-Mail-Adressen der Dozenten:

H.Denzer@apb-tutzing.de	M.Piazolo@apb-tutzing.de
G.Diemer@apb-tutzing.de	M.Schroeder@apb-tutzing.de
K.Grosch@apb-tutzing.de	M.Schwarzmeier@apb-tutzing.de
P.Hampe@apb-tutzing.de	J.Weber@apb-tutzing.de
J.Maruhn@apb-tutzing.de	K-H.Willenborg@apb-tutzing.de

Die Akademie im Internet: www.apb-tutzing.de

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

März

- 09-2*** 2. – 4. 3. **Teaching and Learning Democracy**
In Kooperation mit der National Louis University, Heidelberg
Leitung: Gorsch / Dubois
Sekretariat: Nadja Riewendt Tel. 08158/256-53
- 10-1*** 5. – 9. 3. **Grenzverletzungen – Verantwortung und Verführung im Medienzeitalter**
Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen
Leitung: Denzer / Winkler
Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50
- 10-3** 6. – 8. 3. **Interessenvertretung für Senioren**
Tagung für Seniorenbeiräte und Seniorenbeauftragte
Leitung: Willenborg
Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46
- 11-1*** 12. – 16. 3. **Europa und der Islam**
Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen
Leitung: Hampe / Holz
Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50
- 11-2*** 12. – 19. 3. **Deutschland aus der Nähe**
Politische Landeskunde für skandinavische Deutschlehrer
In Kooperation mit dem Goethe-Institut Oslo
Leitung: Schröder
Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50
- 12-1** 20. – 23. 3. **Vom schlichten Sein zum schönen Schein?**
Public Relations und Politik
Leitung: Schwarzmeier
Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46
- 13-1** 26. – 27. 3. **Auslaufmodell Flächentarifvertrag?**
Herausforderungen für die Tarifpartner
Leitung: Hampe
Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46
- 13-5** 28. – 30. 3. **Berufliche Fortbildung für die Dritte Welt – Bildungsstandort Deutschland**
Leitung: Willenborg/Gorsch
Sekretariat: Nadja Riewendt Tel. 08158/256-53
- 13-4** 30. 3. – 1. 4. **Demokratie in der Spaßgesellschaft**
Leitung: Schröder / Weber
Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

April

- 14-4 6. - 8. 4.** **Globalisierung – regelbar?**
Leitung: Oberreuter
Sekretariat: Nadja Riewendt Tel. 08158/256-53
- 15-1 9. – 12. 4.** **Unter dem Deckel der Diktatur:
Soziale und kulturelle Aspekte des DDR-Alltags**
Leitung: Maruhn
Sekretariat: Nadja Riewendt Tel. 08158/256-53
- 16-1 18. – 20. 4.** **Die Europäische Union vor der Erweiterung**
Der Beitrittskandidat Polen
Leitung: Piazolo
Sekretariat: Nadja Riewendt Tel. 08158/256-53
- 16-2 20. - 22. 4.** **Schreiben für die Freiheit**
Belletristik unter und nach der SED-Diktatur
Leitung: Maruhn
Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46
- 17-1* 23. – 25. 4.** **Neue Wege des Sozialkundeunterrichts**
Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen
Leitung: Weber / Münchenbach
Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50
- 17-2* 23. – 25. 4.** **Aktuelle Fragen zur politischen Bildung**
Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen
Leitung: Weber / Schorm
Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50
- 17-3* 25. – 27. 4.** **Grundfragen der staatsbürgerlichen Bildung**
Fortbildung für Seminarlehrer/Innen für staatsbürgerliche Bildung an Realschulen
Leitung: Willenborg
Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50
- 17-5 25. 4.** **Akademiegespräch im Bayerischen Landtag**
Leitung: Oberreuter
Sekretariat: Karin Sittkus Tel. 08158/256-49
- 17-6 27. – 29. 4.** **Mehr Konkurrenz um Arbeit und Lohn?**
Aspekte der Arbeitsmigration durch die EU-Erweiterung
Leitung: Grosch / Hampe / Willenborg
Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

Förderkreis der Akademie für Politische Bildung e.V.

EINLADUNG ZUR MITGLIEDSCHAFT

1988 haben einige der Akademie nahestehende Persönlichkeiten den Förderkreis der Akademie für Politische Bildung gegründet mit dem Ziel, die Bildungsarbeit der Akademie bei den Projekten finanziell zu unterstützen, die nicht durch staatliche Haushaltssmittel realisiert werden können. 1. Vorsitzender des Vereins ist seit Juli 1995 Oberstleutnant a. D. Gernot Abendt aus Tutzing. Der Anfang wurde 1989 mit der Ausschreibung eines Schülerwettbewerbs zum Thema "40 Jahre Bundesrepublik Deutschland" gemacht; es folgte finanzielle Hilfestellung bei der Gewinnung bedeutender Referenten für die Tagung "Demokratie und Nation - ein deutsches Dilemma" sowie Unterstützung der Expertentagung "Reaktorsicherheit und Energiepolitik in Osteuropa" durch projektbezogene Spenden. 1995 wurde ein Publikationsprojekt durch den Förderkreis finanziert, 1997 ein VW-Bus.

Wir möchten Sie herzlich zur Mitgliedschaft im Förderkreis einladen, um so den Kontakt zu vertiefen, der durch den Bezug des Reports oder Teilnahme an Tagungen bereits besteht. Der Förderkreis ist als gemeinnütziger Verein anerkannt und somit berechtigt, Spendenquittungen auszustellen. Der Mitgliedsbeitrag beträgt DM 50,- im Jahr; die Vereinssatzung wird Ihnen auf Anforderung gerne zugesandt. Über neue Mitglieder würden wir uns sehr freuen.

Geschäftsstelle: 82327 Tutzing, Buchensee 1, Tel. 08158/256-0 / Fax: 08158/256-51

Bankverbindung: Kreissparkasse München Starnberg, BLZ 702 501 50

Konto-Nr. 430 592 477

An den
Förderkreis der
Akademie für Politische Bildung e. V.

82323 Tutzing

BEITRITTSEKLÄRUNG

Hiermit erkläre ich meine Mitgliedschaft im Förderkreis der Akademie für Politische Bildung.

- Den Mitgliedsbeitrag überweise ich.
 Ich bitte um Übersendung einer Einzugsermächtigung.

Name, Vorname:

Titel, Beruf:

Anschrift, Telefon:

Datum, Unterschrift:

Politische - Evangelische 5:3

Fußballspiel der Tutzinger Akademien

Der Kampf um die Meisterschaft am Starnberger See zwischen den beiden Tutzinger Akademien ist zwar laut Prof. Oberreuter noch nicht entschieden, aber

auf dem Fußballplatz ist die Sache klar: zum dritten Mal in Folge besiegte die Mannschaft der „Politischen“ die „Evangelischen“ (bester Mann auf dem Platz die Torfrau) mit 5:3.

Um an die drei Tore zu gelangen, mussten die „Evangelischen“ auf den Ex-Zivi David Tuchtenhagen zurückgreifen, während die „politischen“ Torschützen ausschließlich - wie die gesamte Mannschaft - aus der aktiven Belegschaft kamen: Dozent Michael Piazolo (2 Treffer) und die Bibliotheksmitarbeiter Thomas Schölderle (2x) und Philipp Bäuerle (1x).

Es war der evangelischen Torfrau Severine Salzmann zu verdanken, dass der Sieg nicht noch höher ausfiel.

Doch die unterlegene Mannschaft gibt nicht auf. Deren Pressesprecher Axel Schwanebeck plant eine Neuauflage für das nächste Jahr und träumt schon von einer „Oxford-Cambridge-Tradition“. Michael Piazolo: „Wir sind bereit!“



Michael Piazolo (vorne rechts): „Wir sind bereit“. In der Mitte beider Teams: die Akademiedirektoren Friedemann Greiner und Heinrich Oberreuter



Hier war auch für die evangelische Torfrau nichts zu halten. Mit diesem 3:2 durch Piazolo ging man in die Halbzeit



Der Angriff der „Politischen“: am Ball Philipp Bäuerle, rechts Praktikant Ronny Heine.
Fotos: Renate Heinz

Akademie für Politische Bildung
Postfach 220, 82323 Tutzing
Pressesendung DPAG
„Entgelt bezahlt“, B 42656

Namen und Nachrichten

aus der Akademie

DIREKTOR

Prof. Dr. Heinrich Oberreuter hielt Vorträge in Williamsburg/USA bei einer Tagung der Hanns-Seidel-Stiftung und in Houston/USA bei der German Studies Association über die Oppositionsstrategie der Unionsparteien sowie in Kloster Banz über die Pflichten der Parteien gegenüber dem Gemeinwesen. Weiterhin leitete er die Sitzung der Sektion Politikwissenschaft der Görres-Gesellschaft zum Thema „Demokratie und Kirche“ anlässlich der Generalversammlung in Eichstätt. Prof. Oberreuter wurde auf ihrem Kongress in Halle in den Beirat der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft gewählt. Zudem wurde er zum Vorsitzenden der Jury für den Bayerischen Print-Medien-Preis bestellt.



Neuerscheinung:

Ist die Verlagerung der bundespolitischen Institutionen, die mit dem Jahrtausendwechsel zusammenfiel, Anzeichen eines Epochenbruchs? Überwinden solch äußere Veränderungen tatsächlich die in den letzten fünf Jahrzehnten gewachsenen Kontinuitäten? Gleich, wie man zu diesen Fragen steht, es ist nicht zu bezweifeln, dass sich Deutschland neuen Herausforderungen - gerade in der Außenpolitik - stellen muss. Ob Deutschland seiner politischen Verantwortung in Europa bereits gewachsen und für die Probleme des 21. Jahrhunderts gerüstet ist, versuchen die Beiträge dieses Bandes zu klären. Nicht übersehen werden dürfen dabei die klassischen Fundamente Westbindung und europäische Integration. Wie aber ist die Befindlichkeit der Nation? Sind sich die Deutschen ihrer neuen Lage und ihrer neuen Rolle wirklich schon bewusst?

KOLLEGIUM

Dr. Michael Piazzolo sprach innerhalb der EU-geförderten Seminarreihe „Eurofamilia“ in Budapest (Ungarn) und Aveiro (Portugal) über „Chancen und Risiken der EU-Erweiterung in Richtung Mittel- und Osteuropa. Anlässlich der 35. Feldbacher Europagespräche (Österreich) nahm er an einer Podiumsdiskussion zum Thema „Agenda 2000 - wo stehen wir?“ teil. Im Wintersemester 2000/2001 hält er im Rahmen seines Lehrauftrages an der Hochschule für Politik in München einen Grundkurs über die Grundlagen der Europäischen Union.

Dr. Jürgen Weber hielt vor den Offizieren der Fernmelde schule des Heeres in Feldafing einen Vortrag zum Thema „Zehn Jahre wiedervereinigtes Deutschland“.

Berliner Perspektiven

*Gerhard Friedl, Heinrich Oberreuter (Hg.)
Olzog Verlag GmbH, München, 2000, 141 S., DM 19,80*

Ich interessiere mich für folgende Seminare und bitte um Zusendung der ausführlichen Tagungsprogramme: (aus organisatorischen Gründen bitte maximal fünf Seminarnummern angeben)

Etwa 4 - 6 Wochen vor Seminarbeginn erhalten Sie von uns die Unterlagen für Ihre verbindliche Anmeldung.

Name..... Vorname.....

Straße.....

PLZ..... Ort.....

Tel..... Fax.....

Beruf/Institution..... Geburtsjahr.....

Mit dieser Rückmeldung erkläre ich mein Einverständnis zur Verwendung meiner persönlichen Daten im Rahmen der tagungsbezogenen Datenverarbeitung der Akademie für Politische Bildung Tutzing